

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Auf Friedenswacht	1
L. SEDIN — Die Weltföderation der Gewerkschaften im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse	3
A. INSOW — Die militärischen Stützpunkte der USA — eine Bedrohung des Friedens	7
A. KANUNNIKOW — Der blutige Terror im Irak	12
S. RAIS — Die tschechoslowakische Reaktion im Dienste der Kriegsbrandstifter (Brief aus Prag)	14
Internationale Umschau (Notizen)	18
I. ROMANZOW — Die Machinationen der amerikani- schen Monopole in Bizonien (Notizen eines Korre- spondenten)	22
Kritik und Bibliographie:	
L. TSCHORNAJA — Bernhard Kellermanns neuer Roman	27
Chronik der internationalen Ereignisse	31

9

23 Februar 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Auf Friedenswacht

DIE EREIGNISSE der letzten Wochen haben die von den führenden Kreisen der USA und England betriebene Politik der Aggression und der Vorbereitung eines neuen Krieges noch mehr bloßgestellt. Der wahre Charakter dieser Politik trat besonders anschaulich hervor, als Präsident Truman sich weigerte, einen Friedenspakt mit der Sowjetunion abzuschließen und als darauf die britisch-amerikanische Mehrheit im Sicherheitsrat die von der Sowjetdelegation am 8. Februar eingebrachten neuen Anträge ablehnte, die Streitkräfte der fünf Großmächte einzuschränken, die Atomwaffe zu verbieten und die Atomenergie unter Kontrolle zu stellen.

Die Ablehnung eines Friedenspaktes durch die jetzt regierenden Kreise der USA wird begleitet von fieberhafter Arbeit an der Vorbereitung neuer Kriegspakte. Der vor fast einem Jahr geschlossene Brüsseler Pakt von fünf Staaten über die sogenannte Westliche Union hat seinen aggressiven, der Sache des Friedens feindlichen Charakter bereits vollständig enthüllt. Heute wird mit größter Eile die Schaffung eines Kriegspaktes von beträchtlich größerer Reichweite vorbereitet — des sogenannten Nordatlantikpaktes, bei dem die Vereinigten Staaten unmittelbar die Führung haben. In den allerletzten Tagen macht die britisch-amerikanische Presse, ohne den formellen Abschluß dieser Allianz abzuwarten, bereits Reklame für die projektierte Schaffung ihrer verschiedenen Filialen und Verzweigungen (z. B. vom Schlage eines Mittelmeerpaktes), die sämtlich das gleiche Ziel verfolgen: Vorbereitung eines neuen Krieges zwecks gewaltsamer Errichtung einer britisch-amerikanischen Oberherrschaft über den Erdball.

Hierdurch erklärt es sich auch, daß das sowjetische Projekt einer Einschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte von der britisch-amerikanischen Mehrheit im Sicherheitsrat abgelehnt wurde. Die Vertreter der Staaten des britisch-amerikanischen Blocks konnten auf die eindeutigen konkreten und wohlmotivierten Maßnahmen, die in dem sowjetischen Projekt vorgeschlagen werden, nichts erwidern. Die monopolhörige amerikanische und westeuropäische Presse versucht

den neuen sowjetischen Vorschlag einfach zu verschweigen. Die Bestürzung der Diplomaten und Journalisten des imperialistischen Lagers angesichts der sowjetischen Anträge ist nicht verwunderlich. Baut sich die jetzige Politik der Länder des britisch-amerikanischen Blocks doch auf den diametral entgegengesetzten Grundlagen auf: auf forcierter Aufrüstung, Aufblähung der Militärhaushalte, zahlenmäßiger Vergrößerung der Heere, der Luftstreitkräfte und der Kriegsflootten!

Das Ergebnis dieser Politik ist, daß schon heute immer neue Milliarden Dollars, hunderte Millionen Pfund Sterling und hunderte Milliarden Franks in die Geldschränke der Waffenfabrikanten hinübergepumpt werden. Kennzeichnend in diesem Sinne sind die Angaben des in den letzten Tagen von der britischen Regierung veröffentlichten Weißbuchs über die militärischen Maßnahmen Englands für das Jahr 1949/50. Selbst nach diesen amtlichen Angaben steigen die Bewilligungen für die drei Gattungen der britischen Streitkräfte in einem einzigen Jahr um fast 200 Millionen Pfund Sterling oder etwa 30 Prozent gegenüber dem laufenden Jahr 1948/49, in welchem der Militärhaushalt bereits gigantisch aufgebläht worden ist. Diese zusätzlichen hunderte Millionen Pfund Sterling werden von der Labourregierung auf Kosten des Lebensniveaus der Volksmassen bewilligt, das weiter gesenkt wird.

Die in den Ländern des britisch-amerikanischen Blocks regierenden Gruppen sind keineswegs an einer Einschränkung der Rüstungen, an der Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker interessiert. Im Gegenteil, sie sind interessiert an weiterer Verbreitung des Militarismus und der Kriegspsychose. „Friede ist abscheulich“ (Peace is hateful), mit diesem satirischen Satz hat ein amerikanischer Journalist die Geistesverfassung der amerikanischen Monopolherren, die die reichen Früchte der Militarisierung der USA und der westeuropäischen Länder schon jetzt einheimen, treffend zum Ausdruck gebracht. Sie rechnen auf eine noch reichere Beute, falls es ihnen gelingt, die Welt in eine neue Kriegskatastrophe hineinzureißen.

Den Imperialisten, die Weltherrschaftspläne hegen, ist selbst der Gedanke an die Möglichkeit einer Friedensregelung, an die Aufrechterhaltung eines dauerhaften Friedens verhaßt. Aber die überwiegende Mehrheit der Menschheit ist an einem festgefügtten und dauerhaften demokratischen Weltfrieden mit allen Fasern interessiert. Das ist der Grund, weshalb die breiteste Öffentlichkeit in allen Ländern (auch in den USA) den vorgeschlagenen Abschluß eines Friedenspaktes so warm unterstützt hat. Das ist der Grund, weshalb die konsequente Politik der Sowjetunion, die unermüdlich und nachdrücklich für einen dauerhaften demokratischen Weltfrieden und gegen die Kriegsbrandstifter kämpft, bei hunderten Millionen Menschen in allen Kontinenten Billigung und Unterstützung findet.

Die Sowjetunion steht an der Spitze des anti-imperialistischen Lagers, der Front des Kampfes für einen dauerhaften demokratischen Frieden und für die Sicherheit der Völker. Aber im Kampf für den Frieden kann unser Land nicht umhin, auch der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die von den regierenden Kreisen der USA und Englands durchgeführte Politik der Entfesselung eines neuen Krieges ihre Spitze vor allem gegen das Sowjetvolk richtet, das den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft erfolgreich verwirklicht. Das Sowjetvolk läßt sich leiten von der Weisung J. W. Stalins:

„Indem wir den friedlichen sozialistischen Aufbau entfalten, dürfen wir keinen Augenblick die Machenschaften der internationalen Reaktion vergessen, die sich mit Plänen eines neuen Krieges trägt. Wir müssen an die Weisungen des großen Lenin denken, daß es notwendig ist, beim Übergang zu friedlicher Arbeit ständig auf der Wacht zu sein und die Streitkräfte wie die Wehrkraft unseres Landes wie einen Augapfel zu hüten.“

Die Streitkräfte der Sowjetunion sind ein zuverlässiges Bollwerk ihrer friedfertigen Außenpolitik, ein treuer Wächter der friedlichen Arbeit der Völker unseres großen sozialistischen Staates.

Die sowjetischen Streitkräfte, die heute den 31. Jahrestag ihrer Gründung feiern, sind eine Armee von neuem Typus. Nur die Sowjetgesellschaft vermochte eine solche Armee zu schaffen und die mächtigen Quellen ihrer materiellen und geistigen Kraft zu erschließen. Zum erstenmal in der Geschichte ist eine Armee geschaffen worden, deren Krieger untrennbar sind vom Volk — von seiner Arbeit, seinen Interessen, seinem Sehnen — und wohl wissen, wofür sie kämpfen.

Die marxistisch-leninistische Wissenschaft hat schon längst bewiesen, daß in den imperialistischen Ländern die Armee das Instrument eines Unterdrückerstaats, ein Werkzeug des Kapitals im Kampf gegen die Arbeit ist. In unseren Tagen ist dies noch offensichtlicher als je zuvor. Blicken wir auf die Weltkarte: für wen werden bereits heute, in „Friedenszeiten“, die Rüstungen und die Streitkräfte der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und Hollands ausgenutzt? Sie werden ausgenutzt, um die demokratischen Befreiungsbewegungen der Völker — in Griechenland, Indonesien, Indochina, Birma, Malaya, auf den Philippinen und in vielen anderen Ländern — mit Eisen und Blut zu unterdrücken. Sie führen Krieg nicht nur in den Kolonien, sondern auch in den Mutterländern: wurden doch Panzer der französischen Armee ausgesandt, um Streiks der französischen Bergarbeiter zu unterdrücken!

Derartige Armeen, die Werkzeuge kolonialer Räuberei und volksfeindlichen Terrors sind, können nicht auf einem einigermaßen hohen moralischen Niveau stehen. Sie können sich nur auf die Kraft ihrer Kriegsmaschinen zur Menschausrottung verlassen. Aber im Kriege gilt in noch höherem Maße als in der Industrie, daß die Technik ohne Menschen tot ist. Hier liegt eine der verwundbarsten Stellen der Projektmacher einer neuen Aggression, eines neuen Weltkrieges.

Die mehr als dreißigjährigen Erfahrungen der sowjetischen Streitkräfte haben gezeigt, wie unermäßig hoch ihr moralisches Niveau und ihr moralisches Potential ist, und welche gewaltige, entscheidende Bedeutung diese Tatsache hatte und weiterhin hat. Großartig und hochsinnig sind die Ziele der Sowjetarmee. Steht es doch fest, daß der Sowjetstaat einen ungerechten, einen Eroberungskrieg nie geführt hat, nicht führen kann und nicht führen wird. Die fortschrittliche Ideologie der Sowjetarmee, die von den hohen Gedanken der Völkerfreundschaft bewegt wird, ist eine der Grundlagen ihrer Macht.

Die sowjetischen Streitkräfte sind die erste Armee in der Geschichte, die höchstes Niveau der Kriegskunst mit fortschrittlicher Kriegswissenschaft vereint. Die Kriegswissenschaft als ein Zweig der marxistisch-leninistischen Wissenschaft von der Gesellschaft wurde geschaffen von J. W. Stalin, dem Führer des Sowjetvolkes, dem Organisator und Lenker der sowjetischen Streitkräfte. Der glänzendste Beweis dafür, daß die sowjetischen Streitkräfte es verstehen, die Stalinische Wissenschaft des Siegens erfolgreich anzuwenden, ist die Tatsache, daß die Sowjetarmee die Heerhaufen Hitlers, die bis dahin alle Armeen der Welt in Schrecken versetzten, geschlagen hat.

Der zweite Weltkrieg war die strengste Prüfung für unsere Streitkräfte ebenso wie für das gesamte Sowjetvolk. Diese Prüfung ist in Ehren bestanden worden, denn „die von der Oktoberrevolution hervorgebrachte sozialistische Gesellschaftsordnung hat unserem Volk und unserer Armee eine große und unbezwingliche Kraft verliehen“ (Stalin).

Mit dem Volk verschmolzen, von der ganzen Macht unseres sozialistischen Staates unterstützt, wohl ausgerüstet mit neuesten Waffen und Kriegsmaterialien, die in unseren eigenen Werken hergestellt worden sind, haben die sowjetischen Streitkräfte ihre Aufgabe glänzend erfüllt. Sie haben nicht nur das Heimatland siegreich verteidigt, sondern auch die Völker Europas vom faschistischen Joch befreit, die Hitlerwehrmacht und den Hitlerstaat zerschlagen, Europa und die ganze Welt vor der faschistischen Versklavung gerettet. Es ist natürlich, daß die breiten Volksmassen der ganzen Welt in der Sowjetarmee ihren treuen Freund sehen, der über den Frieden und die internationale Sicherheit wacht. Das Vorhandensein dieses Machtfaktors ist das ernsteste Hindernis auf dem Wege der neuen britisch-amerikanischen Weltherrschaftsprätendenten: wie sehr sie auch von Kriegshysterie besessen sind,

das Schicksal Hitlers und des Hitlerstaats muß ihren abenteuerlichen Überschwang zwangsläufig abkühlen.

Die jetzigen Kriegsbrandstifter setzen all ihr Hoffen auf die amerikanische Atombombe, die sie als ein Mittel zur Erreichung eines leichten Sieges in einem Blitzkrieg ausschreien. Allein wer erinnerte sich nicht, daß auch die Hitlerräuber, als sie über die Sowjetunion herfielen, einen Blitzsieg mit Hilfe ihrer Luft- und Panzerarmadas erhofften? Aber alle diese Spekulationen Hitlers haben einen völligen Zusammenbruch erlitten. Ist es nicht klar, daß die jetzigen Hoffnungen der britisch-amerikanischen Prätendenten auf die Welthegeemonie ebenso illusorisch sind wie die Spekulation ihrer hitlerfaschistischen Vorgänger?

Im Kampf gegen die zahlreichen Feinde unseres Heimatlandes und der ganzen fortschrittlichen Menschheit haben die sowjetischen Streitkräfte, die jetzt in das 32. Jahr ihrer Existenz eintreten, ihre Banner mit unsterblichem Ruhm bedeckt. Großgezogen von der Partei Lenins und Stalins, waren, sind und bleiben die sowjetischen Streitkräfte ein treuer Hüter der friedlichen Arbeit der Sowjetunion, die an der Spitze der Kräfte der Demokratie, des Friedens und der Sicherheit aller Völker marschiert.

Die Weltföderation der Gewerkschaften im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse

L. SEDIN

DER BRUCH der führenden Oberschicht der englischen und amerikanischen Verbände mit der Weltföderation der Gewerkschaften hat im Lager der Feinde der Arbeiterklasse stürmischen Jubel ausgelöst. Die Spalter Deakin, Carey und Kupers wurden in der reaktionären Presse zu Helden des Tages. Was die Weltföderation der Gewerkschaften betrifft, so haben die schadenfrohen Kommentatoren sich beeilt, sie schlankweg zum alten Eisen zu werfen. In der Zeitschrift „Economist“, dem Organ der Londoner City, heißt es z. B.:

„Mit dem Austritt der amerikanischen, englischen und holländischen Vertreter aus der Weltföderation der

Gewerkschaften büßt diese Organisation selbst den Schein einer wahren Gewerkschaftsinternationale ein.“

In demselben Sinne äußerte sich auch das französische Blatt „Le Monde“, das eng mit dem Großkapital verbunden ist. Es erklärte in einem Ton, der jeden Einwand ausschließt, die Föderation habe angeblich von nun ab „ihr Anrecht, sich eine ‚internationale‘ Organisation zu nennen sowie ihren Weltcharakter, der ihre ganze Kraft ausmache, verloren“.

Die Ereignisse der letzten Zeit haben jedoch gezeigt, wie bodenlos derartige Behauptungen der Apostel der Reaktion sind, für die der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Nach dem Verrat

Deakins, Careys und Kupers' hat die Föderation ebensowenig aufgehört, eine Weltorganisation zu sein, wie die Arbeitskonföderation Frankreichs aufgehört hat, eine Allgemeine Arbeitskonföderation zu sein, nachdem Léon Jouhaux und seine Kollegen von der „Force ouvrière“ aus ihr desertiert waren. Selbstverständlich haben die Spalter die Föderation geschädigt. Am meisten leiden jedoch unter diesem in nichts gerechtfertigten Schritt die englischen, amerikanischen und holländischen Arbeiter, die man mit Gewalt von der fortschrittlichen internationalen Gewerkschaftsbewegung loszureißen sucht. Proteste gegen diesen Versuch, die in England, in den USA und in Holland laut werden, zeugen beredt davon, daß die einfachen Mitglieder der Gewerkschaften die Gefahr erkennen, die ihnen droht. Die in der Weltföderation der Gewerkschaften verkörperten Ideen der Einheit und der internationalen proletarischen Solidarität haben sich heutzutage den Hirnen von Millionen Werkfähigen fest eingeprägt.

Durch die Erklärung ihres Austritts aus der Föderation glaubten die Delegierten des britischen Trade-Union-Kongresses (TUC) und des Kongresses der Industrieverbände (CIO), Verwirrung und Zerfall in die Reihen der Anhänger der Föderation bringen und so deren Untergang besiegeln zu können. Den Initiatoren dieses Spaltungsplans ging jedoch unverkennbar jeder Wirklichkeitssinn ab. Sie berücksichtigten und erkannten nicht die tiefgreifenden Veränderungen, die in der internationalen Gewerkschaftsbewegung und in der Verteilung der Gewerkschaftskräfte vor sich gegangen sind.

Die Beschlüsse der Exekutivkörperschaften der Föderation, die bereits nach dem Austritt der Vertreter des englisch-amerikanischen Blocks gefaßt wurden, haben nochmals bestätigt, daß nach dem zweiten Weltkrieg die Zeitspanne ein Ende nahm, in der die Gewerkschaftszentralen von zwei oder drei Ländern in der internationalen Gewerkschaftsbewegung unumschränkt herrschen und nach ihrem willkürlichen Ermessen über deren Schicksal entscheiden konnten. Die Gewerkschaften einer Reihe von Ländern sind zu Massenorganisationen geworden, die im Leben ihrer Völker eine wichtige Rolle spielen. Mit Recht lehnen sie jegliche Zurücksetzung in internationalen Angelegenheiten ab.

Nach den Diskussionen in Paris ist es klarer denn je, daß zwischen den Gewerkschaften der verschiedenen Länder keinerlei grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, die einem gemeinsamen Kampf für die Gesamtinteressen der Werkfähigen hinderlich sein könnten. Verschiedenheit der Ansichten über die eine oder andere Frage schließt keineswegs Zusammenarbeit

im Rahmen einer internationalen Organisation aus, wenn überhaupt der Wunsch nach einer solchen Zusammenarbeit vorliegt. Die englisch-amerikanischen Vertreter lassen aber gerade diesen Wunsch vermissen, was sie auf der kürzlichen Tagung des Exekutivbüros der Föderation nicht länger verhehlen konnten. Um ihren Standpunkt zu rechtfertigen, brachten Deakin, Carey und Kupers die alte Verleumdung aufs Tapet, die Sowjetgewerkschaften hätten angeblich den Wunsch, in der Weltföderation der Gewerkschaften zu „kommandieren“, die „kommunistischen Gewerkschaften“ befaßten sich mit Intrigen usw.

Die Gewerkschaften sind überparteiliche Organisationen. Das ist der Standpunkt der Sowjetarbeiter, an den sie sich in ihren Beziehungen zu den Gewerkschaftszentralen anderer Länder auch streng halten. Es gibt aber Gewerkschaftsführer, die die Interessen der Arbeiterklasse verteidigen wollen, und andere, die es nicht wollen. Gerade Deakin, Carey und Kupers haben den Standpunkt derjenigen Kreise vertreten, denen die Aussicht auf ein enges Zusammenwirken der Gewerkschaften verschiedener Länder im Kampf um bessere Daseinsbedingungen, um höhere Löhne, gegen Faschismus und Krieg, für einen festgefühten und lang währenden Frieden ein Schrecken ist.

Selbstverständlich ist das nicht der Standpunkt der englischen, amerikanischen und holländischen Arbeiter, sondern der der Monopolvereinigungen dieser Länder. Ganz ebenso werden Versuche, die Prinzipien und Methoden des von den Imperialisten gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie geführten „kalten Krieges“ in die Gewerkschaftsbewegung einzuschleppen, keineswegs von den Interessen der Werkfähigen diktiert, sondern von den Interessen eben der Monopole, die internationale Konflikte und Komplikationen zu Busineßzwecken ausschachten.

* * *

Die auf der Pariser Tagung des Exekutivkomitees der Weltföderation gefaßten Beschlüsse wurden von den Werkfähigen aller Länder mit begreiflicher Billigung aufgenommen. Jetzt tritt klar zutage, daß das Exekutivkomitee bei der Ablehnung der antidemokratischen, liquidatorischen Forderungen der englisch-amerikanischen Gewerkschaftsführer in vollem Einklang nicht nur mit den Statuten der Föderation, sondern auch mit den Wünschen ihrer Millionen Mitglieder handelt hat. Wahrlich, wer — wenn nicht Feinde der Arbeiterklasse — hätte eine Selbstauflösung der Föderation verlangen können zu einer Zeit, da ihre Tätigkeit besonders erforderlich ist, damit

den Umtrieben der Feinde des Friedens und der Völkersicherheit Einhalt geboten werde, damit die unaufhörlichen Attacken der Reaktionäre auf das Lebensniveau der Massen, auf die Bürger- und Gewerkschaftsfreiheiten abgeschlagen werden können?

Im Namen von mehr als 60 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern auf allen fünf Kontinenten erklärten die Teilnehmer der Tagung unumwunden, die Föderation bleibe auf ihrem Posten, und verurteilten scharf die Spalter. Die Föderation bestätigte nochmals, daß sie eine freie Vereinigung von Gewerkschaften, ohne Ansehung der politischen Richtung, ist. In der Resolution und in dem Aufruf des Exekutivkomitees werden jeder beliebigen Gewerkschaftsorganisation die Pforten offengelassen, wobei auch für den TUC und den CIO keine Ausnahme gemacht wird. Bedarf es eines besseren Beweises für den Willen der Föderation zur Zusammenarbeit?!

Aber das Exekutivkomitee hat nicht nur proklamiert, die Föderation werde ihre Arbeit trotz aller Ultimaten der Gegner der Einheit fortsetzen. Es wurden vielmehr konkrete Maßnahmen getroffen, um die Tätigkeit der internationalen Organisation auszubauen und zu verstärken, zudem in einer Anzahl von Fragen, deren Lösung von den englisch-amerikanischen Vertretern bewußt sabotiert wurde. Für den 27. Juni d. J. ist der zweite Weltkongreß der Gewerkschaften anberaumt worden, der in Mailand stattfinden soll. Ein so umfangreiches Treffen von Gewerkschaftsdelegierten ist schon lange notwendig geworden, es war jedoch bisher nicht möglich, den Kongreß einzuberufen, und zwar infolge des Widerstands der englisch-amerikanischen Leader, die allem Anschein nach fürchteten, sie würden dort mit ihren Ansichten keine Unterstützung finden. Es sind aber seit dem Pariser Gründungskongreß der Föderation bereits dreieinhalb Jahre verstrichen, und es ist an der Zeit, erneut die Lage der Gewerkschaften der ganzen Welt zu erörtern, ihnen weitere Entwicklungswege vorzuzeichnen und ein ökonomisches und soziales Programm für die Föderation zu formulieren.

Auch die Frage der Bildung von Industrieabteilungen der Föderation, wie sie in den Statuten vorgesehen sind, ist praktisch in Angriff genommen worden. Die Intrigen des TUC erlaubten es bisher nicht, diese Abteilungen, die die Aktionen der Fachverbände koordinieren sollen, zu schaffen. Die englischen Gewerkschaftsführer hintergingen die Föderation, indem sie einerseits die Idee der Schaffung solcher Abteilungen unterstützten, andererseits die bestehenden internationalen Industriesekretariate aufhetzten, ihren Beitritt zur Föderation zu verweigern.

Das Exekutivkomitee richtete eine letzte Aufforderung an die Sekretariate, ihren falschen Standpunkt aufzugeben und ihren Platz in den Reihen der Föderation zum gemeinsamen Kampf für die gewerkschaftlichen Interessen der Werktätigen einzunehmen. Sollte auch dieser Ruf ungehört bleiben, dann werden in der Föderation Industrieabteilungen unabhängig von den bestehenden Sekretariaten gebildet werden. Es geht nicht länger an, daß durch die Böswilligkeit einzelner Leiter der Industriesekretariate, denen es mehr um eigene Prestigegegründe und persönlichen Vorteil als um das Wohl der Werktätigen zu tun ist, einer der wichtigsten Beschlüsse des Pariser Weltkongresses der Gewerkschaften unerfüllt bleibt.

Das Exekutivkomitee hat den Bedürfnissen der Gewerkschaften der kolonialen und abhängigen Länder viel Beachtung geschenkt. Die englisch-amerikanischen Gewerkschaftsführer suchten im leitenden Apparat der Föderation einen Geist der Mißachtung für die Gewerkschaftsorganisationen der Kolonialwelt zu wecken, wie er seinerzeit in der Amsterdamer Internationale geherrscht hat. Cope, der ehemalige Leiter der Kolonialabteilung, ein Vertreter des CIO, richtete die ihm anvertraute Arbeit zugrunde und mißachtete die Interessen der Gewerkschaftsbewegung in Afrika und Asien. Jetzt hat das ein Ende. Es wurde beschlossen, in China ein Büro zur Aufrechterhaltung von Verbindungen mit den Gewerkschaften Asiens einzurichten. Im Mai findet die lang geplante Konferenz des Exekutivbüros mit Vertretern der Gewerkschaften der asiatischen Länder statt, die für den weiteren Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern eine bedeutende Rolle spielen soll.

Schon während der Tagung des Exekutivkomitees war kein Mangel an Bekundungen des Vertrauens, das Millionen Werktätige der Föderation entgegenbringen; sie wünschen ihr besten Erfolg in jeglichem Beginnen, das die Sorge um das Wohl der einfachen Menschen zur Triebfeder hat. Unaufhörlich liefen Telegramme und Adressen aus verschiedenen Ländern bei der Föderation ein, in denen ihr von den Gewerkschaften volle Unterstützung zugesichert wird. Derartige Erklärungen gaben namentlich größte englische Trade-Union-Räte in London, Birmingham und anderen Städten ab sowie eine Reihe von Gewerkschaften, die dem CIO angeschlossen sind. Eine überzeugende Tatsache, die den wachsenden Einfluß der Föderation erkennen läßt, gegen den die Verleumdung durch reaktionäre Führer und das böswillige Gezischel der reaktionären Presse machtlos sind, war der Beitritt der Gewerkschaftsorganisationen Chiles, der Philippinen, Südrhodesias,

Maltas, Siam und Tunis', die alles in allem etwa eine halbe Million Mitglieder zählen. Größte Genußnahme fand in Deutschland und Japan auch der Beschluß des Exekutivkomitees über den Modus der Aufnahme der Gewerkschaften dieser Länder in die Föderation.

Selbst eine kurze Übersicht über die Beschlüsse des Exekutivkomitees zeigt, wie weit die Prophezeiungen der Beobachter des „Economist“ und des „Monde“, die die Lage in der Weltföderation der Gewerkschaften nach den prahlerischen Erklärungen Deakins und Careys beurteilen wollten, von der Wirklichkeit entfernt sind.

* * *

Die Spalter selbst sind verblüfft darüber, daß die von ihnen geplante Liquidierung der Weltföderation der Gewerkschaften mißlungen ist. Statt der Lobesworte und Komplimente, die sie vor drei bis vier Wochen ernteten, müssen sie sich jetzt von der Presse der englisch-amerikanischen Monopole gereizte Vorwürfe gefallen lassen. Die wahren Inspiratoren der geplanten Spaltung der Arbeitereinheit machen aus ihrer Verärgerung darüber, daß die Föderation bestehen blieb und daß die Spalter von der internationalen Gewerkschaftsbewegung ausgebootet wurden, kein Hehl. Auf der Wall Street und in der City weiß man wohl am allerbesten, was die „Erfolge“ der Amerikanischen Arbeitsföderation (AFL) bei der Zusammenschusterung pseudointernationaler gewerkschaftlicher „Vereinigungen“ und Blocks wert sind.

Die reaktionären Blätter Englands und der USA sind u. a. besonders damit unzufrieden, daß es Deakin und Carey nicht eingefallen ist, wenigstens irgendein „Manifest“ zu veröffentlichen, in dem sie die Gründe für ihren Austritt aus der Föderation darlegen, damit dieser Akt den Arbeitern nicht gar so abstoßend erscheine. Als ob ein geschickt zusammengemixtes Schriftstück aus schwarz weiß machen und irgend jemand davon überzeugen könnte, daß der Versuch, die Föderation zu liquidieren, nicht im Interesse der Ausbeuterklasse unternommen worden ist! Die reaktionären Kreise mahnen jetzt den TUC und den CIO zu größerer Eile beim Zusammenschluß mit der AFL, sie fordern sie auf, möglichst rasch irgendeine „Internationale“ als Gegengewicht gegen die Weltföderation der Gewerkschaften zusammenzustoppeln.

Das zu bewerkstelligen ist aber nicht so einfach und leicht. Die Baumeister der neuen Gewerkschaftszentrale, die nach dem Geschmack der Monopole ausfallen soll, stoßen zunächst einmal auf einen Mangel an Baumaterial. Man kann

natürlich in Frankreich Léon Jouhaux mit seinem Grüppchen auflesen oder in Italien Giulio Pastore mit seinen katholischen Gruppen, aber das tun bedeutet noch nicht, die Arbeiterbewegung dieser Länder unter amerikanische Kontrolle stellen, wie es die Gebieter des marshallisierten Westeuropas gern möchten. Man kann sich für ein entsprechendes Entgelt den Chilenen Bernardo Ibañez mit dem Grüppchen seiner Gesinnungsgenossen in anderen Ländern Lateinamerikas kaufen, dennoch bleibt die Föderation der Werktätigen Lateinamerikas auch weiter die wahre Führerin der Millionen Arbeiter. Es bleibt Irving Brown, dem Europa-Bevollmächtigten der Clique Green, der in der amerikanischen Zeitung „The Christian Science Monitor“ seinen abenteuerlichen Plan für die Gründung einer neuen „Internationale“ entwickelt, nichts anderes übrig, als besonderen Nachdruck auf die Schaffung einer Emigrantenzentrale der „freien Gewerkschaften“ osteuropäischer Länder zu legen.

Immer mehr machen sich auch die Gegensätze zwischen den drei Gewerkschaftszentralen fühlbar, deren Traum es ist, in der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu herrschen. Nach dem Austritt des CIO aus der Weltföderation streben Green und Konsorten offen danach, den CIO in den Hintergrund zu drängen. Wie die „New York Times“ meldet, hat die AFL bereits die Forderung aufgestellt, als führende Gewerkschaftszentrale in den USA anerkannt zu werden. Gleichzeitig aber erheben auch der CIO und der TUC weiter Anspruch auf Kommandoposten in der internationalen Vereinigung, die zusammenzustoppeln man beabsichtigt. Diese Balgerei ist keine schlechte Illustration zu den hochtrabenden Erklärungen Deakins, Careys und Greens über die „demokratischen Prinzipien“ der Zusammenarbeit, nach denen sie sich angeblich so sehr sehnen.

Natürlich werden in allernächster Zeit die Versuche, eine neue internationale Gewerkschaftszentrale zu schaffen, intensiviert werden. Die Monopole sind dringend daran interessiert, und sie werden anscheinend auch imstande sein, ihre miteinander verzankten Agenten zu versöhnen, wie sie das früher schon wiederholt getan haben. Die spalterische Tätigkeit ist keine geringe Gefahr für die Arbeiterklasse aller Länder, der es schließlich gleichgültig ist, wer als Hauptbevollmächtigter der Kapitalisten in der Arbeiterbewegung tonangebend sein wird, Green, Carey oder Deakin. Wichtiger sind die Ziele, die der in Vorbereitung befindlichen Vereinigung gesteckt werden. Ist doch schon jetzt klar, daß man sie sich als internationale Streikbrecheragentur denkt, als Stabsquartier für den Feldzug gegen

alle demokratisch Gesinnten in den Gewerkschaften und als Stützpunkt für die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik.

Riesel, der Sachverständige des amerikanischen Blattes „Daily Mirror“ für Arbeitsfragen, ließ vor kurzem durchblicken, eins der Hauptziele der neuen „internationalen Organisation“ werde der Kampf gegen die Streikbewegung sein. Zu diesem Zweck würden derartig gewiegte Vertreter des reaktionären Reformismus wie Dubinsky, Reuther und Meany in eine Reihe von Ländern entsandt, um dort den Arbeitern von Streiks abzuraten.

Allein schon diese Tatsache läßt erkennen, daß die projektierte Vereinigung ganz bestimmten Zwecken zu dienen haben wird. Bekanntlich greifen die Arbeiter der kapitalistischen Länder zur Waffe des Streiks als zu einem äußersten Mittel im Kampf für ihre Interessen, wenn alle anderen Methoden der Verteidigung ihrer Rechte bereits versagt haben. Jetzt will man den Werktätigen diese Waffe aus der Hand schlagen, damit die

USA-Monopolisten in allen Ländern Westeuropas unbehelligt ihre Bedingungen diktieren können.

Die Öffentlichkeit in den Gewerkschaften aller Länder wird die Umtriebe der Feinde der Arbeitereinheit mit äußerster Wachsamkeit beobachten, sie wird kein Auge von allen den Versuchen lassen, die Gewerkschaftsorganisationen in den Dienst des Kapitals zu stellen.

Die Tätigkeit der Weltföderation der Gewerkschaften bietet eine Gewähr für den Erfolg des Kampfes, den Millionen Werktätige aller Länder, unabhängig von Nationalität, Hautfarbe, Religion und politischen Anschauungen, für angemessene Lebensbedingungen, für Demokratie und Frieden führen. Die Parolen, die die Föderation auf ihre Banner geschrieben hat, sind klar und edel und haben ihr bereits die Sympathien der Arbeiterklasse der ganzen Welt erworben. Diese Parolen scharen alle diejenigen um die Föderation, denen die Interessen der Völker, denen Frieden und sozialer Fortschritt tatsächlich teuer sind.

Die militärischen Stützpunkte der USA – eine Bedrohung des Friedens

A. INSOW

DIE am 29. Januar d. J. veröffentlichte Erklärung des Außenministeriums der Sowjetunion über den Nordatlantikpakt enthüllte den aggressiven Charakter, den die Außenpolitik der heute führenden Kreise der USA und Englands trägt. Sie zeigte, daß der nordatlantische Block, der von ihnen vorbereitet wird, seinem Wesen nach eine Waffe der Politik ist, die auf die gewaltsame Herstellung einer englisch-amerikanischen Weltherrschaft unter der Ägide der USA abzielt. In der Erklärung wird namentlich darauf hingewiesen, daß eine Form der aggressiven Politik der USA die Schaffung eines ausgedehnten Netzes von Marine- und Luftflottenstützpunkten in allen Gegenden der Welt ist, darunter auch in Gebieten, die mehrere tausend Kilometer von den USA entfernt liegen. Dieses Netz amerikanischer Militärstützpunkte umspannt alle Erdteile. Manche Staaten, besonders solche, die in der Nähe der Sowjetgrenze und der Länder der Volksdemokratie liegen, wurden gänzlich als Aufmarschgebiete englisch-amerikanischer Streitkräfte hergerichtet.

Das Projekt für die Schaffung dieses Netzes von Stützpunkten wurde von den USA-Militaristen schon während des Krieges ausgearbeitet, und man hat begonnen, es eiligst zur Ausführung zu bringen.

Am 5. September 1945 legte Struve Hensel, der Gehilfe des Marineministers der USA, auf einer Pressekonferenz das Wesen der in Aussicht genommenen Pläne in allgemeinen Zügen dar. Hensel wies darauf hin, daß die USA „zu verschiedenen Zeitpunkten während des Krieges“ 484 Stützpunkte gebaut hätten (davon 256 im Raum des Stillen Ozeans und 228 im Raum des Atlantischen Ozeans), und führte aus, die Aufgabe der USA bestehe jetzt darin,

„einen gigantischen Nachkriegsring von Marinestützpunkten zu behalten, der den Stillen Ozean umspannt und einen Stützpunkt einschließt, welcher früher England gehört hat“.

Er teilte auch mit, daß das Marineministerium der USA außerdem folgende Stützpunkte zu behalten und zu verstärken wünsche: im Stillen

Ozean Kodiak, Adak, Hawaii, Guam-Saipan-Tinian (die Marine betrachtet diese drei Orte als einen einzigen Stützpunkt), Balboa (in der Zone des Panamakanals), die Insel Iwo (Bonin- bzw. Volcano-Inseln), Manus (aus der Gruppe der vor dem Krieg England gehörigen Admiralitäts-Inseln), die Philippinen, Okinawa (Riukiu-Inseln); im Atlantischen Ozean: Argentia, die Bermuda-Inseln, Roosevelt-Roads und San Juan in Portoriko, ferner die Bucht Guantanamo auf Kuba und Coco Sola (Zone des Panamakanals).

Bekannt sind zahlreiche Äußerungen Forrestals, des Ministers für Landesverteidigung, in denen er Pläne und Forderungen hinsichtlich einer erweiterten Bautätigkeit sowie eines Erwerbs von Militärstützpunkten in der ganzen Welt vorbrachte.

USA-Kriegsminister Kenneth Royall rief seinerseits im März v. J. in der Senatskommission für Angelegenheiten der Streitkräfte zur Schaffung von Luftstreitkräften auf, die das zentrale Eurasien von Stützpunkten aus mit Bomben belegen könnten, die auf dem Überseekontinent geschaffen würden.

Im Januar d. J. gab Royall vor dem Obersten Gerichtshof der USA den Bau von Stützpunkten auf den Philippinen, auf Neufundland, Okinawa, den Bermuda-Inseln, Island, in Griechenland und Kanada zu.

General Spaatz, ehemaliger Stabschef der amerikanischen Luftstreitkräfte, schrieb in der Zeitschrift „Life“ im August v. J.:

„Aus diesem Grunde sind Westeuropa, Nordafrika und der Nahe Osten jetzt die wichtigsten strategischen Gebiete auf dem Globus des amerikanischen Fliegens.“

Hieraus folgert dieser Militarist, die USA müßten ein Netz von Stützpunkten schaffen, das sich über die ganze Welt ausspannt, und es befestigen.

Die angeführten Äußerungen verantwortlicher Vertreter der regierenden USA-Kreise zeugen mit ausreichender Klarheit von dem Charakter und der Richtung ihrer Politik, die vom Geiste der Gewalt und Aggression durchdrungen ist. Es genügt, die Auslandszeitungen, in erster Linie amerikanischen und englische Pressemeldungen allein für das vorige Jahr, durchzusehen, um sich davon zu überzeugen, daß eine Erweiterung des Netzes amerikanischer Luftflotten- und Marinestützpunkte keineswegs aus Verteidigungsgründen beabsichtigt ist, wie manchmal offizielle Persönlichkeiten der USA erklären, die ihre Politik forcierter Aufrüstung zu rechtfertigen suchen. Im Gegenteil, der Ausbau dieses Netzes ist ein Ausdruck der aggressiven Pläne des USA-Imperialismus. Ein „gigantischer Ring“ amerikanischer

Militärstützpunkte wird gebaut in der unverkennbaren Absicht, die Länder des demokratischen Lagers einzukreisen. Dieser Ring von Stützpunkten zieht sich durch Grönland, Island, England, Portugal, Spanien, Deutschland, Italien, Griechenland, die Länder des Nahen und des Mittleren Ostens, über die Inseln des Stillen Ozeans, durch China und Japan, über die Aläuten und Alaska.

Nach Pressemeldungen zu urteilen, ist einer der wichtigsten USA-Stützpunkte England. Die ehemalige „Gebietlerin der Meere“, England, wird in bitteren Minuten sogar von manchen Mitgliedern des englischen Unterhauses als „amerikanischer Flugzeugträger für einen künftigen Krieg“ bezeichnet. Die amerikanische Zeitschrift „United States News and World Report“ brachte im Juli v. J. einen Artikel, betitelt: „England als Stützpunkt für ein Luftgefecht“, in dem ganz England als amerikanischer Luftflottenstützpunkt behandelt wird. Es heißt darin ohne Umschweife, die amerikanischen Militärstützpunkte richteten sich gegen die Sowjetunion. Und wirklich, was kann z. B. das englische Aufmarschgebiet mit Aufgaben der Verteidigung Amerikas zu tun haben? Und wer bedroht die USA denn überhaupt? Bekanntlich steht ja seit der Niederwerfung Hitlerdeutschlands und des imperialistischen Japans die Sicherheit des amerikanischen Kontinents außer allem Zweifel.

Fast gleichzeitig mit den Äußerungen in der erwähnten Zeitschrift, und zwar am 15. Juli v. J., erschien in der amerikanischen Zeitung „Daily Mirror“ ein Artikel von dem Beobachter Drew Pearson, der mitteilt, in England würden die amerikanischen Luftflottenstützpunkte aus der Kriegszeit wiederhergestellt. Am 4. September v. J. berichtete R. M. MacColl, der Washingtoner Korrespondent der englischen Zeitung „Daily Express“, seinerseits:

„Die amerikanischen Fliegereinheiten beabsichtigen, noch zehn Jahre in England zu bleiben... Diese Absicht wurde den maßgebenden englischen Militärs klargemacht, die gerade in Washington mit amerikanischen Stabschefs die militärische Koordinierung der Streitkräfte der Westmächte besprechen. Amerika plant auf lange Sicht den Ausbau und die Verstärkung der Luftflottenstützpunkte, die vor kurzem in England neu eröffnet wurden... Wahrscheinlich werden in England bald noch 7 oder 8 große Stützpunkte aus der Kriegszeit von den USA übernommen werden.“

Es ist ganz deutlich zu erkennen, daß das Bestreben des amerikanischen Militärklüngels, England zu seinem „Flugzeugträger“ zu machen, bei den heutigen Lenkern Großbritanniens auf keinen Widerstand stößt. Jedenfalls erschienen gleich nach den Pressemeldungen offizielle Bestätigungen für die englisch-amerikanische

Vereinbarung zu dieser Frage. Am 5. Oktober v. J. veröffentlichte der Stab der amerikanischen Luftstreitkräfte in London ein Kommuniqué, aus dem hervorging, daß es in England permanente Stützpunkte für amerikanische Superfestungen B-29 gibt und daß diese Stützpunkte 90 solcher Flugzeuge beherbergen. Wie der Londoner Korrespondent des „New York Star“ am 25. Januar d. J. mitteilte, kam es vollends dahin, daß Verhandlungen über die Ablassung von 150 Bombern B-29 an England gegen neue Luftflottenstützpunkte in diesem Lande geführt wurden!

Augenblicklich werden in England sehr energische Vorbereitung getroffen, dieses Land zu einem der wichtigsten Glieder des Ringes amerikanischer Stützpunkte zu machen, der für eine künftige Aggression geschaffen wird. Im Juni v. J. — d. h. zu einer Zeit, als die Kriegsbrandstifter sich besonders zügellos auführten, da sie hofften, mit Hilfe der Wahlen die Gruppe Dulles-Dewey zur Macht bringen zu können — wies die Zeitschrift „Newsweek“ England in einem künftigen Krieg offen die Rolle eines Stützpunkts für beliebige künftige Operationen zwecks Erneuerung der Kontrolle über Europa an.

* * *

Bekannt ist, wieviel Aufmerksamkeit die USA den Stützpunkten in Grönland und Island zuwenden. Die dänische Zeitung „Land og Folk“ schrieb am 20. November v. J., es gebe USA-Stützpunkte in Thule und Ivigtut. In Grönland bestehen „spezielle“ Flugplätze „Blue West-1“ und „Blue West-8“. In Island gibt es Flugplätze in Keflavik und anderen Orten.

Baldwin, der militärische Beobachter der „New York Times“, erläutert, Island habe vom „Angriffsstandpunkt“ aus Bedeutung als „vorgeschobener Stützpunkt für Flugzeuge mit weitem Aktionsradius oder für gigantische Geschosse“. Vom „Angriffsstandpunkt“ ist nicht zufällig die Rede, sind doch die isländischen Stützpunkte ebenso wie die andern, die die amerikanischen Militaristen jetzt schaffen, für die Verteidigung der USA unnötig. Sie sind nur zur Vorbereitung einer Aggression von Nutzen.

Die Zeitschrift „Foreign Policy Reports“ veröffentlichte im Juni v. J. einen Vortrag von Blair Bolles, „Arktis-Diplomatie“, in dem direkt darauf hingewiesen wird,

„daß die Polargebiete eine Hauptzone der Kämpfe sein würden, falls die augenblicklichen gespannten Beziehungen zwischen Amerika und der Sowjetunion sich zu einem Kriege auswachsen sollten“.

Zu denselben aggressiven Zwecken werden auch auf Alaska Stützpunkte eingerichtet. Short, ein Mitglied des Repräsentantenhauses, forderte

am 22. September v. J. die Verstärkung Alaskas ausdrücklich zwecks Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion. Eine ähnliche Forderung wurde im Oktober v. J. in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ laut.

Zu den strategischen Plänen der amerikanischen Kriegsbrandstifter gehört es auch, Militärstützpunkte in den skandinavischen Ländern anzulegen. Daher setzt man diese Länder auch so ungeniert unter Druck und verlangt ihren Anschluß an den Nordatlantikpakt. Schon am 14. Dezember v. J. veröffentlichten Kopenhagener Zeitungen ein Reutertelegamm aus Washington, in dem von der bevorstehenden Eingliederung Dänemarks und Norwegens in den nordatlantischen Block die Rede ist. In dieser Meldung heißt es, Norwegen und Dänemark kontrollierten die nördlichen europäischen Gewässer, die man zum Überfall auf Truppentransporte aus Nordamerika nach Westeuropa benutzen könne. Außerdem besitze Dänemark Grönland, das nicht nur für die transpolare Kriegführung von Bedeutung sei. Seine Wetterstationen und Stützpunkte seien von größter Wichtigkeit für die nordatlantischen Flugverbindungen.

Die USA-Imperialisten legen es besonders darauf an, Norwegen zum Anschluß an den Nordatlantikpakt zu bewegen. Lügen doch amerikanische Marine- und Luftflottenstützpunkte auf norwegischem Territorium der Sowjetgrenze ganz nahe. Die Associated Press wies am 1. Februar d. J. in einer Meldung über den Verlauf der Verhandlungen mit den skandinavischen Ländern darauf hin, daß offizielle amerikanische Persönlichkeiten die Schaffung von Stützpunkten in Norwegen als „wichtigen Bestandteil“ des nordatlantischen Systems ansehen.

Es liegt auf der Hand, daß die Anlegung von amerikanischen Militärstützpunkten in einer Reihe von Staaten, besonders in kleinen Staaten, eine unmittelbare Gefahr für deren Unabhängigkeit darstellt. Mit Hilfe solcher Stützpunkte setzen sich die USA in den entsprechenden Gebieten Europas fest. Zu ihrer Strategie, die die Eroberung der Weltherrschaft zum Ziele hat, gehört die Verwandlung einer Reihe von Staaten in ein Werkzeug ihrer aggressiven Politik.

Nicht weniger betriebsam strebt der USA-Imperialismus danach, sich am Mittelmeer ein Aufmarschgebiet für Angriffszwecke zu schaffen. General Donovan, der ehemalige Chef des Strategischen Dienstbüros der USA, sagte in einer am 6. April v. J. in der italienischen Zeitung „Memento Sera“ veröffentlichten Erklärung zu dem Bestreben der USA, sich auf Sizilien Stützpunkte zu verschaffen, das Mittelmeer sei das strategische Herzstück Europas, Afrikas und des Nahen

Ostens, Sizilien wiederum sei das strategische Herzstück des Mittelmeers.

Italien nimmt in den aggressiven Plänen der USA einen hervorragenden Platz ein. Schon am 16. Februar v. J. erschienen Meldungen über ein geheimes Militärabkommen zwischen Washington und der italienischen Regierung. Diesem Abkommen zufolge sollen die USA im Falle von Kriegshandlungen gegen eine dritte Macht die uneingeschränkte Kontrolle über die italienischen Häfen und Luftflottenstützpunkte ausüben. Außerdem soll Italien, wie die Presse behauptet, das von Washington vorgeschlagene Programm zur Befestigung der ehemaligen italienischen Kolonien angenommen haben.

Obwohl die Grenze der USA, wie man weiß, sehr weit vom Mittelmeer entfernt ist, werden fast überall an der Mittelmeerküste amerikanische Stützpunkte angelegt.

Am 26. März v. J. meldete das italienische Blatt „Repubblica“, Verhandlungen zwischen dem spanischen Außenminister Artajo und dem amerikanischen Admiral Sherman hätten zu einem Abkommen über die Übergabe gewisser spanischer Militärstützpunkte an die USA geführt. Am 4. Oktober v. J. meldete der Madrider Korrespondent der „Daily Mail“ ebenfalls, Chan Gurney, der Vorsitzende des Senatsausschusses für Angelegenheiten der Streitkräfte, habe Franco besucht und mit ihm die Frage der Übergabe einer Reihe von Militärstützpunkten Spaniens an die USA besprochen.

Nach Spanien folgt Portugal. Am 17. Juni v. J. sagte McDermott, ein Vertreter des Staatsdepartements, zu Reportern, Minister für Landesverteidigung Forrestal habe ein Schreiben an den portugiesischen Diktator Salazar gerichtet, in dem er ihm seinen Dank dafür ausspricht, daß dieser den USA Stützpunkte auf den Azoren zur Verfügung gestellt hat.

Die Sphäre der sogenannten „Verteidigung“ der USA erstreckt sich auch auf den Nahen Osten. Am 4. Oktober v. J. wies das ägyptische Blatt „Al Misry“ darauf hin, daß die amerikanischen Streitkräfte im Nahen Osten laut Vereinbarung mit England verstärkt werden, ebenso wie die amerikanischen Land- und Luftstreitkräfte in Tripolitanien, auf Zypern und in Griechenland. Das Geschwader im östlichen Teil des Mittelmeers wird durch ein anderes, stärkeres ersetzt. Eine große Anzahl kleiner Schiffe von der Sorte, die man „Landungsschiffe“ nennt, werden ins Mittelmeer entsandt.

Die Beirut-er Zeitung „Ad-Diar“ bestätigte ihrerseits in einer Meldung vom 14. April v. J., daß Zypern in einen gewaltigen amerikanischen Militärstützpunkt verwandelt wird. In diesem

Zusammenhang verlohnt es, sich an eine etwas frühere Mitteilung Baldwins, des militärischen Sachverständigen der „New York Times“, zu erinnern, der zufolge die amerikanische Flotte mehrmals die Sudabai auf Kreta angelaufen habe; deshalb könne diese Bai als „potentieller Marinestützpunkt“ betrachtet werden. Dabei wies Baldwin darauf hin, daß die USA im Mittelmeer an Stützpunkten keinen Mangel haben, denn:

„Der Stützpunkt Großbritanniens auf Zypern sowie starke britische Positionen auf Malta und in Gibraltar sind uns neben den Häfen des britisch besetzten Libyens durchaus zugänglich.“

Am 18. März v. J. brachten der „Avanti“ und die „Italia Socialista“ Meldungen der amerikanischen Agentur Overseas News aus Tripoli, die besagten, daß die amerikanischen Behörden den Flugplatz von Mellaha erweitern. Die Agentur hob in diesem Zusammenhang hervor, dieser Flugplatz könne Bomber B-29 aufnehmen, die dank ihrem weiten Aktionsradius von Mellaha aus die Erdölbezirke des Kaukasus erreichen könnten.

Am 27. Dezember v. J. meldete die Athener Zeitung „Ethnos“ die Fertigstellung eines unterirdischen amerikanischen Luftflottenstützpunkts im Erdölbezirk Dahrán, „eines der größten Stützpunkte des Nahen Ostens.“ Das Blatt wies darauf hin, daß der Bau 300 Millionen Dollar gekostet habe, und fügte hinzu: „Flugzeuge mit weitem Aktionsradius können von diesem Stützpunkt aus die Ölfelder von Baku erreichen und mit Bomben belegen.“

Diese frechen Zeitungsbemerkungen verraten restlos, was es mit den amerikanischen Maßnahmen auf sich hat.

Die USA haben sich, als sie Transjordanien und den Staat Israel de jure anerkannten, in gewissem Grade von ihrem Interesse für die Stützpunkte in diesen Staaten leiten lassen. In ihren Kommentaren zu dieser Anerkennung weisen englische und ägyptische Blätter darauf hin, daß ein Geheimabkommen zwischen den USA und England besteht, wonach die Flugplätze im Gebiet Habbania (Irak), Lydda (Staat Israel), el Akaba (Transjordanien) u. a. mit amerikanischer Hilfe erweitert werden sollen.

Wie bekannt, wenden die USA dem Iran ganz besondere Aufmerksamkeit zu, sie sind bestrebt, das Land zu ihrem strategischen Aufmarschgebiet zu machen. Es ist ihnen bereits gelungen, eine Reihe von Militärstützpunkten des Iran in ihre Hände zu bekommen, und sie haben, wie die Presse meldet, ihre Truppen in diesem Lande, allen internationalen Statuten zum Trotz, zahlenmäßig verstärkt.

Der Teheraner Korrespondent von „Al Misry“ behauptet am 14. Januar d. J., die iranische Regierung habe den USA gestattet, auf iranischem Gebiet Militärstützpunkte anzulegen; amerikanische Streitkräfte würden nach Iran entsandt, um in Iranisch-Aserbaidshan und an der Grenze Nordirans Befestigungsanlagen zu bauen. Wie es weiter heißt, sollen verantwortliche Regierungskreise Irans einem namhaften Diplomaten folgendes mitgeteilt haben:

„Der wahre Grund, warum augenblicklich so viele amerikanische Offiziere und Soldaten in Teheran weilen, ist der, daß kürzlich zwischen den Regierungen Irans und der USA ein Geheimabkommen geschlossen wurde, wonach den USA iranische Militär-, Marine- und Luftflottenstützpunkte zur Verfügung gestellt werden, die die USA zur Verteidigung des Nahen Ostens und der amerikanischen Ölfelder benutzen können.“

* * *

Sehr intensiv wird im Raum des Stillen Ozeans an Militärstützpunkten gebaut. So meldete die australische Zeitung „Sun“ am 3. Oktober v. J., der USA-Kongreß habe weitere 36 Millionen Dollar für den Ausbau des Stützpunkts auf Okinawa bewilligt. Dasselbe Blatt teilte mit, im Bezirk Clark (unweit Manila) sowie auf der Insel Guam sei man mit der Erweiterung amerikanischer Militärstützpunkte beschäftigt, wobei das Ausmaß dieser „Kriegsvorbereitungen in Friedenszeiten bisher keinen Präzedenzfall kennt“. Am 2. Mai v. J. berichtete der Korrespondent der „New York Times“ aus Misawa, ein amerikanischer Luftflottenstützpunkt werde im Norden der Insel Honshiu angelegt.

Um ein vollständigeres Bild von den amerikanischen Kriegsvorbereitungen im Fernen Osten zu geben, sei daran erinnert, daß noch im November 1947 die Repräsentantenhauskommission für Angelegenheiten der Streitkräfte den Bericht einer Unterkommission erörterte, die die Militärstützpunkte im Stillen Ozean und in Europa besucht hat. Diese Unterkommission empfahl namentlich, durchzusetzen, daß den USA im Friedensvertrag mit Japan der Marinestützpunkt Yokosuka sowie Stützpunkte auf Sasebo und Kure überlassen werden.

In den angeführten Meldungen werden jedoch längst nicht alle Stützpunkte der USA genannt. Erwähnt sind nur die wenigen, die der Öffentlichkeit bekannt geworden sind. Der USA-Imperialismus sucht seine wahren expansionistischen Absichten wie stets hinter Redereien von „Friedensliebe“, „Hilfe“, „Verteidigung“, „Abwehr“ usw. zu verbergen. Tatsachen lassen sich aber nicht wegleugnen. Diese Tatsachen zeugen mit hinreichender Klarheit von der Aggressivität der heutigen Außenpolitik der USA, von ihrer Einstellung gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie. Diese Einstellung erklärt sich vor allem damit, daß die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie entschiedene Gegner des Krieges sind, den die neuen Weltherrschaftsanwärter vorbereiten.

Ebenso wie ihre Vorläufer im Schmieden derartiger Abenteuerpläne, sind auch die amerikanischen und englischen Imperialisten von den eigenen schwindelerregenden Projekten geblendet. Sie wollen nicht sehen, daß ihre auf Vorbereitung eines neuen Krieges abzielende Politik von den friedliebenden Völkern, von den Anhängern des Friedens, die in allen Ländern die Mehrheit bilden, entschieden verurteilt wird.

Sowohl in den USA als auch in England halten die breiten demokratischen Kreise diese Pläne der Monopolherren für gefährlich und verderblich. Der Widerhall, den die Antworten J. W. Stalins auf die Fragen Kingsbury Smith' gefunden haben, zeigt, daß die Friedenspolitik den Hoffnungen weiter Kreise der Öffentlichkeit entspricht, die sich nach einer Festigung des Friedens sehnen. Die Kriegsbrandstifter müssen manövrieren und zu allen möglichen Winkelzügen greifen, um den wahren Sinn ihrer Politik vor den Volksmassen zu verbergen.

Das Bestehen eines mächtigen, von der Sowjetunion geführten demokratischen Lagers und seine Stärkung, die zunehmende politische Reife der Völker, der machtvolle Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern bieten die Gewähr, daß die verbrecherischen Pläne für die Entfesselung eines neuen Krieges scheitern werden.

Der blutige Terror im Irak

A. KANUNNIKOW

NACHDEM im Januar d. J. Nuries Saïd Pascha Ministerpräsident und Innenminister des Irak geworden ist, hat sich im Lande ein neuer militärischer Polizeifeldzug gegen die demokratischen Kräfte entfaltet. Man hat den Ausnahmezustand verhängt und viele Personen verhaftet. Todesurteile über Patrioten werden wie am laufenden Band gefällt und friedliche Bürger von Polizeibehörden auf der Straße niedergeschossen.

Mit solchen Methoden sucht Nuries Saïd die nationale Freiheitsbewegung zu erdrosseln. Die Tatsache, daß im Irak diese unheilverkündende Figur wieder einmal politisch hervortritt, kennzeichnet den Beginn einer neuen Phase des imperialistischen Generalangriffs auf dies Land.

„Was bedeutet Nuries Saïd?“ fragte am 10. Januar die Beirut Zeitung „L'Orient“. Und sie antwortete:

„Er bedeutet die englisch-irakische und englisch-arabische Bündnispolitik. Er bedeutet die Politik des Königs Abdullah. Man mußte mit dem Vorhandensein eines Haschimitenblocks rechnen. Von nun an wird dieser Block zu Aktionen übergehen... Nuries Saïd bedeutet eine Politik, der zufolge die Palästinafrage und die arabische Frage im britischen Interesse gelöst werden sollen. Jetzt tritt England auf dem arabischen Schauplatz wiederum in den Vordergrund.“

Nach dem zweiten Weltkrieg erhob sich im Irak eine breite Volksbewegung für Aufhebung des englisch-irakischen Vertrags von 1930. Der Vertrag hatte England das Recht gegeben, im Irak Streitkräfte zu halten und das Land unter seine wirtschaftliche, politische und militärische Kontrolle zu nehmen. Die Luftflottenstützpunkte in Habbania und Schaiba, die größten im Nahen Osten, sowie die sehr reichen Erdölbezirke von Kerkuk, Mossul und Hanekin wurden zur Basis der Kolonisatoren. Mittels der Erdölleitung von Kerkuk nach Haifa und Tripolis wird das durch unmenschliche Ausbeutung der Werktätigen gewonnene Erdöl aus dem Lande herausgepumpt.

Die Imperialisten fanden in den feudalen Scheichs ihre zuverlässige Stütze. Eintausend Scheichs des Irak besitzen 20 000 000 von den insgesamt 30 000 000 Acre Anbaufläche, während die erdrückende Masse der arabischen Fellachen (Bauern) des Bodens beraubt ist. Auf diese Weise wurde die Vier-Millionen-Bevölkerung des Irak in das Doppeljoch der einheimischen Feudalherren und der ausländischen Imperialisten gespannt.

Infolge der 30jährigen britischen Herrschaft leidet die Bevölkerung des Landes unter Hunger und Elend sowie an epidemischen Erkrankungen. Die Bagdader Zeitung „Saut al Ahrar“ schreibt:

„Die Bewohner des Irak, besonders die Armen, hungern. In der Stadt Kerkuk, wo die britischen Institutionen zur Ausbeutung der Erdölreichtümer des Irak konzentriert sind, sterben täglich Dutzende Einwohner Hungers.“

Kein Wunder, daß in den Volksmassen des Irak eine Bewegung gegen das Kolonialregime entstanden ist. Die britischen Imperialisten befahlen ihren Kreaturen, durch Polizeiterror mit der Volksbewegung abzurechnen.

Nachdem die UNO die Resolution über die Teilung Palästinas angenommen hatte, kamen die Londoner Politiker, die auf die chauvinistischen Stimmungen bestimmter arabischer Kreise spekulieren, zu dem Schluß, der Augenblick sei dem Abschluß eines neuen Vertrags mit dem Irak günstig. Die Imperialisten entfachten den Krieg in Palästina und spielten sich als „Freunde“ der arabischen Völker auf, um dadurch ihre Kolonialpositionen im Nahen Osten zu verankern.

Hierzu wurde im Januar 1948 eine Kampagne für die Erneuerung der Verträge mit den arabischen Ländern eröffnet. Als erste berief man die britischen Strohmänner in Bagdad, Nuries Saïd Pascha und den damaligen Ministerpräsidenten Dschabur, nach London. Alles verlief glatt nach dem im voraus entworfenen Plan. Ein paar Tage nach ihrer Ankunft in England schlossen die irakischen Vertreter mit Bevin in Portsmouth einen neuen englisch-irakischen Vertrag.

Die Marionettenmachthaber des Irak, Nachplapperer der reaktionären britischen Presse, begannen in jeder Weise den Portsmouther Vertrag — diese pure Neuausgabe des knechtenden Abkommens von 1930 — anzupreisen. So behielt England seine Luftflottenstützpunkte in Habbania und Schaiba, während die britischen Truppen das Recht erhielten, sich ungehindert im Irak zu bewegen.

Das knechtende Portsmouther Abkommen rief im Irak beispiellose Empörung hervor. Durch die Welle der Massenbewegungen des Volkes wurde die Regierung, die den Vertrag unterzeichnet hatte, hinweggefegt. Nuries Saïd verbarg sich in der Türkei vor dem Volkszorn,

Dschabur flüchtete gleichfalls außer Landes. Das irakische Parlament sah sich genötigt, auf die Ratifizierung des Vertrags zu verzichten. Die erzkonservative Londoner Zeitschrift „Nineteenth Century and After“ mußte damals folgendes eingestehen:

„Gestürzt wurde die Regierung Dschabur ... nach der blutigen ‚Schlacht auf der Brücke‘ im Stadtzentrum von Bagdad, in deren Verlauf 36 Demonstranten und eine unbekannte Anzahl von Polizisten getötet worden waren... Die Studenten und andere, die Gegenangriffe gegen die Polizisten unternahmen, warfen manche in den über seine Ufer getretenen Tigris... Die Unruhen beschränkten sich nicht auf die Hauptstadt. Die ‚Straße‘ herrscht auch in der kurdischen Hauptstadt Sulaimanije, im Nordirak, in Erbil... und in den Erdölzentren Kerkuk und Mossul.“

Aber man ließ nicht zu, daß die „Herrschaft der Straße“, wie dies Sprachrohr der britischen Imperialisten es nannte, sich bis zu dem stark bewachten „Haus am Fluß“ ausdehnte, d. h. bis zu der britischen Botschaft in Bagdad. Hier wurden eilends neue Pläne zur Befestigung der britischen Kolonialpositionen im Irak geschmiedet, die nicht nur durch die inneren Ereignisse in diesem Land, sondern auch durch die in der ganzen arabischen Welt erstarkte Konkurrenz der amerikanischen Erdölmonopole geschwächt worden sind.

Die amerikanischen Monopole, die sich in Saudisch-Arabien, auf den Bahrein-Inseln, in Kuwait und Ägypten festgesetzt hatten, nahmen bald die Iraq Petroleum Company, die sich im Kerkukbezirk betätigt, an die Kandare. Der Konkurrenzkampf zwischen den britischen und den amerikanischen Imperialisten hinderte sie indes nicht, ihre Bemühungen zu vereinigen, soweit sie auf Unterdrückung der nationalen Freiheitsbewegung und auf Anlegung strategischer Aufmarschgebiete in den arabischen Ländern abzielten. An der Schürung chauvinistischer Leidenschaften im Nahen Osten sind beide Partner gleichermaßen interessiert. Sie sind darauf aus, die arabischen Völker von ihren Inlandsproblemen abzulenken und die Situation zur Verankerung des Kolonialregimes in diesen Ländern auszuwachen.

Das Palästina-Abenteuer ist für den Irak, ebenso wie für die anderen arabischen Länder, höchst kostspielig geworden. Kritisch wurde die Finanzlage des Landes schon gegen Oktober v. J. Das benutzten die britischen Agenten zu einem verstärkten Druck auf das Parlament. Sie rieten an, „die früheren Zwistigkeiten zu vergessen“, auf „Zugeständnisse“ einzugehen und die Verhandlungen mit England wiederaufzunehmen, das dem Irak eine Anleihe gewähren und ihn hierdurch vor dem wirtschaftlichen Fiasko retten werde.

Die Regierung Attlee-Bevin erklärte sich aber nur unter zwei Bedingungen damit einverstanden, dem Irak eine Anleihe zu gewähren. Erstens sollte im Lande ein von der Regierung unabhängiges englisch-irakisches Komitee gegründet werden, die sogenannte Central Agency of Development (Zentrale Entwicklungsagentur), welche die allgemeine Kontrolle über die Wirtschaft des Irak auszuüben hätte. Zweitens sollte die irakische Regierung nicht die vorfristige Annulierung des englisch-irakischen Vertrags von 1930 oder seine Ablösung durch ein anderes Abkommen anregen, das den früher erworbenen Vertragsrechten Englands in irgendeiner Weise abträglich sein würde. Diese Bedingungen bedeuteten faktisch die unverfälschte Forderung nach Annahme des abgelehnten Portsmouther Vertrags.

Den Protesten etlicher Minister zum Trotz nahm die irakische Regierung Kurs auf Herstellung einer engen Zusammenarbeit mit England. Die englandfreundliche Haltung der Kabinettsmehrheit und die Mahnungen der britischen Agenten, auf den Portsmouther Vertrag zurückzukommen, riefen in den politischen Kreisen von Bagdad Bestürzung hervor. Finanzminister Ali Mumtas und Wehrminister Sadiq al-Bassam traten gegen die britischen Bedingungen auf. Im Parlament spielten sich stürmische Szenen ab. Der Abgeordnete Abdul Rasag Schaihi beschuldigte die Regierung, sie betreibe eine mit den nationalen Interessen unvereinbare Politik. Die britische Agentur fiel über Schaihi her. Wegen „Verunglimpfung der Regierung“ entzog man ihm das Abgeordnetenmandat. Danach setzte, auf Weisung des britischen Botschafters, die „Säuberung“ der Ministerien und die fällige Umbildung der Regierung ein, wobei Anhänger des Portsmouther Vertrags auf leitende Posten befördert wurden. Es war klar, daß das „Haus am Fluß“ mittels seiner Kreaturen eine „Regelung“ der Beziehungen Englands zu seiner unruhigen Kolonie anbahnte.

Aber diese Machenschaften stießen auf heftigen Volkswiderstand. Über das Land ergoß sich eine neue Welle von Streiks und Demonstrationen. Im Oktober fand in Bagdad eine Massenprotestdemonstration der Studentenschaft gegen die neuen Versuche statt, dem Lande den Portsmouther Vertrag aufzuzwingen. Die Regierung antwortete mit Verhaftungen und der Ausweisung vieler Studenten aus Bagdad. Nach einigen Tagen organisierte das Komitee der nationalen Freiheitsbewegung des Irak eine Volksdemonstration, die unter der Losung „Nieder mit den Briten!“ verlief. Im Dezember erfolgten in Bagdad abermals antibritische Massendemonstrationen.

Unter Ausnutzung des verhängten Kriegszustandes erreichten die britischen Residenten eine noch stärkere polizeiliche Verfolgung der irakischen Patrioten und brachten schließlich ihre getreuen Kreaturen, mit Nuries Saïd als Ministerpräsident, zur Macht.

Die syrische Zeitung „Al-Dschalaa“ entlarvte am 12. Januar d. J. die britischen Manöver im Irak und schrieb:

„Der Irak ist jetzt in zwei Lager gespalten. In dem einen steht das heroische Volk, das für seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpft, in dem andern die reaktionäre regierende Clique, die offen und insgeheim dem britischen Imperialismus dient.“

Gemäß den Instruktionen ihrer imperialistischen Gebieter hat diese Clique nunmehr einen neuen Terrorfeldzug gegen die nationale Freiheitsbewegung des irakischen Volks eröffnet, der unter der abgedroschenen Parole des Kampfs gegen die „kommunistische Gefahr“ durchgeführt wird. Abdul Illah, Regent des Irak, hat durch Regierungsdekret Ausnahmegerichte für Verfahren eingesetzt, die wegen Beteiligung an der „kommunistischen Bewegung“ angestrengt werden. Die Gerichte haben unter der Anklage „kommunistischer Betätigung“ schon viele irakische Jugendliche abgeurteilt.

Nach einer Meldung der syrischen Zeitung „Al Insha“ vom 12. Februar wurden allein im Verlauf dreier Tage, während der Zusammenstöße zwischen der Polizei und der Bevölkerung,

die über die Regierungspolitik des Schachers mit den Imperialisten empört ist, mehr als 200 Personen getötet und 150 verwundet.

Jetzt haben sich die britischen Kreaturen im Irak mit einem neuen abscheulichen Frevel besudelt. Mitte Februar sind Jusuf Suleiman, Hussein Muhammed esch-Schabibi, Sakki Muhammed Basam und Jahud Ibrahim Sadik, die Führer der Kommunistischen Partei des Irak, hingerichtet worden. Vor einem Jahr hatte ein irakisches Gericht sie zum Tode verurteilt, aber nach einer breiten Protestkampagne in sämtlichen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens war die Todesstrafe in langjährigen Kerker umgewandelt worden. Nunmehr wurden die irakischen Patrioten, diesem Beschluß zum Trotz, auf Befehl Nuries Saïds erhängt.

Die Kreaturen Londons geben sich die größte Mühe, die Freiheitsbewegung abzuwürgen und die Völker der arabischen Länder noch fester an die Kolonialkette zu schmieden. Aber es fällt den Imperialisten und ihren Agenten jetzt viel schwerer als früher, im Nahen Osten zu manipulieren. Die Volksmassen haben am eigenen Leibe zu spüren bekommen, was die britischen und amerikanischen Imperialisten planen. Im Irak wie in den anderen arabischen Ländern wächst der Kampf gegen die koloniale Knechtung, für die nationale Unabhängigkeit und Freiheit an. Diese Bewegung ist durch Galgen und Kugeln nicht zu unterdrücken.

Die tschechoslowakische Reaktion im Dienste der Kriegsbrandstifter

(Brief aus Prag)

S. RAIS

AM 25. FEBRUAR feiert das tschechoslowakische Volk den Abschluß einer wichtigen Etappe auf dem Wege in eine sozialistische Zukunft, den ersten Jahrestag des siegreich abgeschlossenen Entscheidungskampfes mit der Reaktion. Die Rechtsparteien, die Ende Februar v. J. eine Regierungskrise verursachten, haben Sturm geerntet, einen Sturm, der in wenigen Tagen über das ganze Land dahinbrauste und die Reaktion von der politischen Arena hinwegfegte. Das

Volk setzte den Rücktritt der reaktionären Minister der Volksozialistischen Partei, der Volkspartei und der slowakischen Demokratischen Partei durch. Es wurde die neue Regierung Klement Gottwald gebildet, eine von reaktionären Elementen gesäuberte Regierung der neuerstandenen Nationalfront. Die Reaktion büßte alle ihre Positionen im Parlament und in den Nationalkomitees, in den Parteien und im Staatsapparat ein. Sie wurde politisch zerschmettert. Das Volk

triumphierte: gerettet war der demokratische Volksstaat, gerettet war seine Unabhängigkeit; die Möglichkeit zum Aufbau des Sozialismus war gegeben.

Das volksdemokratische System und die Errungenschaften des Volkes wurden durch die am 9. Mai v. J. angenommene neue Verfassung und durch den Sieg verankert, den das Lager des Fortschritts, der Demokratie und des Sozialismus bei den Wahlen vom 30. Mai v. J. davontrug, bei denen die gewaltige Mehrheit der Wähler ihre Stimme für die Einheitsliste der Kandidaten der wiedererstandenen Nationalfront abgab.

Nach der ersten Verstaatlichung (Herbst 1945) verblieben den Kapitalisten etwa 40 Prozent der Industrieproduktion und fast der gesamte Großhandel. Die weitere Verstaatlichung nahm der Reaktion ihre wirtschaftlichen Positionen. Nach dem Februar v. J. übernahm der gesellschaftliche sozialistische Sektor 95 Prozent der gesamten Industrieproduktion. Der Großhandel ging ganz an den Staat über.

Die Werktätigen der Tschechoslowakei und ihr bedeutendster Kraftfaktor, die Arbeiterklasse, gingen unter Führung der Kommunistischen Partei, die sich später mit der Partei der Sozialen Demokratie zu einer einheitlichen Partei der Arbeiterklasse zusammenschloß, sicheren Schrittes vorwärts. Der Zweijahrplan wurde erfüllt. Am 1. Januar d. J. ist mit der Erfüllung des ersten Fünfjahrplans für die Wiederherstellung und Fortentwicklung der Volkswirtschaft begonnen worden, dessen Ziel es ist, ein stabiles Fundament für den Sozialismus zu legen.

Die Hauptbedeutung der Veränderungen, die nach den Februarereignissen eingetreten sind, liegt in der Lösung der äußerst wichtigen innerpolitischen Frage: „Wer — wen.“ In seiner Rede auf der Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei vom 17. November v. J. sagte Klement Gottwald:

„Vor dem Februar war bei uns eine Wiederherstellung kapitalistischer und vormüchener Verhältnisse durch die inneren Kräfte der Reaktion noch möglich... Das Wichtigste, was der Februar gebracht hat, ist die *Beseitigung der Möglichkeit, den Kapitalismus mit den inneren Kräften der Reaktion*, den politischen wie den ökonomischen, *wiederaufzurichten*... Die Reaktion hat jetzt keine Möglichkeit, mit ihren eigenen inneren Kräften einen Umsturz herbeizuführen. Nach dem Februar ist bei uns nur noch eine einzige Möglichkeit zur Wiederaufrichtung des Kapitalismus und zur Wiederherstellung vormüchener Verhältnisse übriggeblieben, und zwar könnte das nur durch die *Kräfte der Reaktion von außen*

her geschehen, nicht mit Hilfe von Rundfunk und Spionen, sondern allein auf militärischem Wege...“

Über welche Kräfte verfügt die Reaktion jetzt in der Tschechoslowakei? Obwohl sie eine Niederlage erlitten hat und im offenen politischen Kampfe aufs Haupt geschlagen wurde, ist sie selbstverständlich noch nicht aus der Welt geschafft. Ihre führenden politischen Vertreter haben, von Panik ergriffen und von ihrem bösen Gewissen gejagt, nach dem Februar v. J. eiligst das Hasenpanier ergriffen und sind ins Ausland geflüchtet, obwohl ihnen keinerlei Gefahr drohte, da das siegreiche Volk sich auch weiterhin großmütig zu ihnen verhielt. Was die aus den Machtorganen verjagten und aus ihren wirtschaftlichen Stellungen verdrängten reaktionären Elemente betrifft, so haben sie sich versteckt und sind untergetaucht.

Die Werktätigen der Tschechoslowakei begreifen sehr wohl, daß die nicht restlos geschlagene Reaktion eine ständige Gefahrenquelle für den friedlichen Aufbau bedeutet.

Die aufs Haupt geschlagenen Ausbeuterklassen verzichten nicht auf den Kampf, solange sie auch nur eine minimale Hoffnung haben, sich das „verlorene Paradies“ zurückzuerobern, und sie werfen sich mit um so größerer Wut ins Gefecht, je näher ihr endgültiger Untergang heranrückt. Das tschechoslowakische Volk konnte sich an Hand der Erfahrungen des verfloßenen Jahres von dieser Wahrheit überzeugen. Das Sokoltreffen vom Juni und Juli v. J. wurde von den Reaktionären für staatsfeindliche Umtriebe ausgenutzt. Ähnliche Umtriebe wurden im Zusammenhang mit der Beisetzung des zweiten Präsidenten, Dr. Eduard Beneš, unternommen. Das schärfte die Wachsamkeit des Volkes. Rechtzeitige Maßnahmen zwangen die Reaktionäre, erneut unterzutauchen. Im vorigen Jahr, am Tage der Volkskundgebungen anläßlich des Staatsfeiertags vom 28. Oktober, wagten sie es, obwohl sie von ihren ausländischen Gönnern dazu aufgehetzt worden waren, dennoch nicht, sich mehr oder weniger offen zu betätigen.

Präsident Klement Gottwald führte in seiner obenerwähnten Rede aus, worin die „grundlegende Veränderung im gesamten Charakter der Reaktion“ besteht. Wie die Geschichte, besonders die der Sowjetunion, lehrt, geht die Reaktion, wenn sie im offenen politischen Kampf den Kürzeren gezogen hat, in die Illegalität, sie greift zu gesetzwidrigen Methoden, zu Terror, Sabotage und Spionage. In dieses Stadium ist auch die tschechoslowakische Reaktion eingetreten, die im Februar die politische Entscheidungsschlacht

verloren hat. Aus einem politischen Gegner wurde sie zu einem „offenen Feind, zum Verschwörer, Saboteur, Schädling und Terroristen“. Sie nimmt verbrecherischen Charakter an und ersetzt die Methoden des politischen Kampfes durch kriminelle Methoden.

Die Ereignisse des verflossenen Jahres bestätigen diese Charakteristik vollauf.

Die reaktionären Politiker, die nach dem Februar westwärts zu ihren imperialistischen Auftraggebern geflohen sind, verlieren keine Zeit. Diese bankrotten Politikaster, die vom Volk auf den Müll der Geschichte geworfen wurden, diese Heerführer ohne Heer sind hinter dem Rücken ihrer kapitalistischen Gönner wohlgeborgen und führen von dort aus einen verbrecherischen Kampf gegen ihr eigenes Volk. Sie veranstalten ein gaunerisches Spiel, das sie „dritte Widerstandsbewegung“ nennen.

In der Emigration haben sie ihre „Parteien“ — die „linken“ und „rechten“, die „sozialistischen“ und anderen — wiederhergestellt, die sich erbittert um die Unterstützung ihrer ausländischen Gebieter, um deren Subsidien zanken. Jede von ihnen maßt sich die Rolle eines „Retters des Volkes“ an und bettelt in dieser Eigenschaft um Dollars und Pfund Sterling. Übrigens verschmähen sie auch Franks nicht.

Wahrlich, ein Anblick für Götter, wenn die reaktionäre Bande dieser selbsternannten „Befreier“ und „Retter“ der Tschechoslowakei sich rauff! Die sogenannte „alte Emigration“ ist durch ein Häuflein faschistischer Banditen vertreten, das von dem Exgeneral und Abenteurer Prchala geführt wird. Das sind die „Retter“, die sich nach der Niederlage Hitlerdeutschlands nicht in die Heimat zurückgewagt haben. Diese Gruppe genoß und genießt die Wohltaten der englischen Labourregierung. Zur „alten Emigration“ zählen sich auch die Gruppen slowakischer Faschisten, deren eine von Ferdinand Durčanský, einem Exminister der Regierung Tiso, und deren andere von Karol Sidor, dem Exbotschafter Tisos im Vatikan, geleitet wird. Diese beiden Gruppen, die von den slowakischen Patrioten des Landes verwiesen sind, proklamieren von Zeit zu Zeit einen „selbständigen slowakischen Staat“ und leben von den Almosen der extremsten amerikanischen Reaktionäre.

Diese „alte Emigration“ in Großbritannien und in den USA verweigert der sogenannten „neuen Emigration“, der „Nachfebruaremigration“, entschieden das Recht, im Namen des tschechoslowakischen oder des slowakischen Volkes aufzutreten. Die „alten“ Dunkelmänner haben die „neuen“, weil diese sich nach dem Jahre

1945 „durch Zusammenarbeit mit den Kommunisten befleckt haben“.

Auch die einzelnen Gruppen und Parteien innerhalb der „neuen Emigration“ rivalisieren miteinander und streiten sich herum. Das ausschließliche Recht, im Namen der „unterdrückten“ Tschechoslowaken zu sprechen, nehmen vor allem die ausgerissenen rechtsstehenden Führer der Partei der Sozialen Demokratie für sich in Anspruch. Sie können es nicht verschmerzen, daß diese sich mit der Kommunistischen Partei zusammengeschlossen hat und mit der Arbeiterklasse der Tschechoslowakei den neuen Weg geht. Gegen ein bescheidenes Entgelt in Pfund Sterling rufen sie die „dritte Kräftegruppe“ zum Feldzug gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie auf. Mit diesen durchgebrannten Propheten wetteifert die Gruppe von Exführern der Volkssozialistischen Partei unter der Leitung Dr. Zenkls unseligen Angedenkens und seines Konkurrenten Ripka. Diese operieren an der Front der „europäischen Einheit“ und bekommen von Winston Churchill und seinen Gesinnungsgenossen Trinkgeld zugesteckt.

Irgendwo in ihrer Nähe krabbelt auch eine zweite Garnitur von Führern der Volkspartei (katholische Partei) herum. Die erste Garnitur mit Sramek und Hála an der Spitze wurde auf dem Flugplatz von einem in der Nähe beschäftigten Arbeitertrupp in dem Augenblick festgenommen, als diese bankrotten Politikaster das für sie bereitstehende ausländische Flugzeug besteigen wollten.

Im Emigrantensumpf modert auch der Kadaver der alten, vormünchenschen Agrarpartei mit ihrem Fortsatz, der „Živnostenská strana středostavovská“ (Gewerkepartei des Mittelstands). Dieser Kadaver gab noch einmal galvanische Zuckungen von sich, als er in der von Mikolajczyk mit amerikanischem Geld aufgezogenen sogenannten „grünen Internationale“ so herzliche Aufnahme fand.

Diese Stückchen ehemaliger Machthaber, die sich um Gunst und Almosen ihrer englischen und amerikanischen Gönner balgen, werden zusammengehalten durch ihren gemeinsamen Haß gegen die Tschechoslowakische Republik, gegen das Volk, das, nachdem es sich von ihnen befreit hat, mit voller Brust aufatmete und erst jetzt, ohne sie, seine Zukunft aufbauen kann. Den alten und neuen Emigranten stehen die Sender der BBC, der „Stimme Amerikas“, der Radio-France und sogar die Sender Bizoniens zur Verfügung. Ganze Kübel voll Schmutz und bösartigem Hohn werden von ihnen über das angespannt schaffende tschechische und slowakische Volk

ausgegossen. Diese Rundfunkreden verfolgen außer allem anderen auch noch den Zweck, die reaktionären Elemente innerhalb des Landes mit einem Vorrat immer neuer Lügenmärchen und Verleumdungen für illegale Flugblätter und für die „Flüsterpropaganda“ zu versehen.

Man läßt es aber nicht bei der Rundfunkpropaganda bewenden. Organisation von Spionage, Terror, Sabotage, Schädlings- und Diversionsakten im Auftrag der Kriegsbrandstifter und der Feinde des tschechoslowakischen Volkes — hierin besteht die Haupttätigkeit der bankrotten Emigranten. Die ehemaligen Salonpolitiker wissen, daß die Wall Street und die City sie nicht umsonst durchfüttern werden.

Mit dem Spionagehandwerk befassen sich nicht nur so alte Spione wie der langjährige englische Agent General Ingr, Exminister der Londoner Emigrantenregierung, oder Dr. Krajina, der sich bei Karl Frank, dem Nazihenker des tschechischen Volkes, besonderen Vertrauens erfreute. Dieser ehemalige Generalsekretär der Volkssozialistischen Partei gründete noch vor den Februarereignissen in der Tschechoslowakei eine Spionageorganisation, wofür er im Abwesenheitsverfahren verurteilt wurde. Mit Spionage befassen sich ehemalige Parlamentsabgeordnete und Journalisten, darunter Dr. Bušek, ein ehemaliger Abgeordneter der Volkssozialistischen Partei, und Dr. Kovárna, „Schriftsteller und Redakteur“.

Hunderte irregegangener und irregeführter junger Leute werden nach Deutschland gelockt, in amerikanischen und englischen Lehrgängen zu Spionen und Schädlingen ausgebildet und dann in die Republik geschickt, um hier die aufopferungsvolle Arbeit des Volkes zu stören.

In mehreren Prozessen, die während der letzten Monate vor dem Staatsgericht der Tschechoslowakischen Republik stattfanden, trat das verbrecherische Wesen einiger Exminister und Exabgeordneter, politischer Führer und Redakteure zutage, deren Traum es war, die alten Zustände, die unwiederbringlich der Vergangenheit angehören, wieder einzuführen. Im Prozeß gegen die Gruppe Choc stellte es sich heraus, daß Bušek, Kovárna und eine Reihe ehemaliger Abgeordneter der (katholischen) Volkspartei im Ausland ein sogenanntes „tschechisches Komitee“ geschaffen hatten, das einen Plan für einen gegen die Regierung gerichteten Aufstand vorbereitete. Dieses „Komitee“ hatte zwei Schädlinggruppen ins Land geschickt, denen es u. a. oblag, fortschrittliche Persönlichkeiten der Tschechoslowakei zu meucheln, namentlich den Verteidigungsminister General Ludvík Svoboda. Dieser Mörderbande fiel A. Šramm zum Opfer, ein mutiger

Partisan, der mit den Hitlerfaschisten um die Freiheit der Tschechoslowakei gerungen hatte.

In der mit Hilfe von Rundfunk und Flugblättern betriebenen reaktionären Propaganda sowie in Gerüchten, die von den Reaktionären verbreitet werden, wird ständig ein und dasselbe Motiv wiederholt; man malt das Schreckgespenst eines Krieges an die Wand. Diese Versuche, Kriegshysterie zu verbreiten, verfolgen das Ziel, Unruhe und Mutlosigkeit in die sich nach einem dauernden Frieden sehnenden breiten Volksmassen hineinzutragen und damit deren schöpferische Arbeit zu stören. Eine solche Propaganda zeigt, daß die niedergeworfenen reaktionären Kräfte offen auf die Karte eines Krieges gegen die eigene Heimat setzen. Mit der Offenheit der Verzweiflung plaudern die „alte“ und die „neue“ Emigration aus, es habe keinen Zweck, damit zu rechnen, daß man das volksdemokratische Regime mit den Mitteln des politischen Kampfes vernichten könne. Das befreite Volk versklaven und ihm kapitalistische Ausbeuter auf den Hals schicken kann man nur mit Hilfe eines Krieges, zu dem sie mit leidenschaftlicher Ungeduld aufrufen.

„Wir warten auf den Krieg, der entbrennen wird und an dem wir teilnehmen müssen“, schreit mit sich überschlagender Stimme ein Verräter der tschechoslowakischen Arbeiterklasse, Arno Hais, der ehemalige Redakteur des „Právo Lidu“.

Die emigrierten Banditen träumen von einem Kriege, der ihnen ihre Kapitalien und ihre Ministersessel wiederbringen soll. Sie haben sich ganz den Kriegsbrandstiftern verschrieben, obwohl sie sehr genau wissen, daß ein solcher Krieg sich gegen ihr eigenes Volk richten würde, daß ihn in erster Linie die Armeen des deutschen Imperialismus führen würden, und daß er bei dem von ihnen herbeigewünschten Ausgang das Ende der Unabhängigkeit des tschechoslowakischen Staats und seine erneute Verwandlung in ein „Protektorat“ bedeuten würde.

Wie fruchtlos diese abenteuerlichen Wunschträume sind, ist nicht zu verkennen.

* * *

Das tschechoslowakische Volk ist von gewaltigem Schaffensenthusiasmus beseelt. Es weist selbst den bloßen Gedanken an eine Rückkehr der kapitalistischen Knechtschaft, der Arbeitslosigkeit, des Elends, des Hungers, der Streiks und der Erschießung von Arbeitern weit von sich. Die Blicke der Menschen sind in die Zukunft, die sozialistische Zukunft gerichtet.

Aber eben deshalb lassen die Werktätigen der Tschechoslowakei keine Minute in ihrer

Wachsamkeit nach. Sie stärken ihren Staat und das volksdemokratische System, sie stärken die volksdemokratische Armee, das volkseigene Korps der Landessicherheit und die Arbeitermiliz, die von den in die Illegalität getriebenen Reaktionären so sehr gefürchtet wird. Mit dem Vorbild der Sowjetunion vor Augen, schlägt das Volk der Tschechoslowakei alle Versuche zurück, seine Aufbauarbeit mit den verbrecherischen Methoden des Terrors und der Sabotage zu hemmen und zu vereiteln.

Der Kampf entwickelt sich an zwei Fronten: an der Front des friedlichen Aufbaus und an der

Front des schonungslosen Klassenkampfes gegen die innere und äußere Reaktion. Er ist ein Teil des allgemeinen großen Kampfes für den Frieden, die Demokratie und den Sozialismus, der in allen fünf Erdteilen entbrennt. Das Volk der Tschechoslowakei ist überzeugt, daß die von der mächtigen Sowjetunion geführte Armee des Friedens und des Sozialismus siegen wird. Diese Überzeugung ist die Quelle seiner Kraft, seines Selbstbewußtseins und seiner Sicherheit, mit der es, ungeachtet des wütenden Geheuls der Kriegsbrandstifter, den Sozialismus aufbaut.

Prag, im Februar 1949.

Internationale Umschau

(Notizen)

DER ATLANTIKPAKT UND DIE USA-VERFASSUNG

Am 14. Februar gaben Senator Connally und Senator Vandenberg im Zusammenhang mit der Debatte über den Atlantikpakt Erklärungen ab, die unter den Politikern der Westlichen Union nicht wenig Aufsehen erregt und Panik hervorgerufen haben. Die Senatoren erklärten, sie würden dagegen protestieren, daß der Atlantikpakt die USA verpflichte, „automatisch“, ohne vorherigen Beschluß des Kongresses, in einen Krieg einzutreten, da laut USA-Verfassung nur der Kongreß einen Krieg erklären könne.

Wie der Washingtoner Korrespondent der „Daily Mail“ mitgeteilt hat, riefen die Erklärungen Vandenberg und Connallys unter den Washingtoner Botschaftern der westeuropäischen Länder „Trübsinn“ (gloom) hervor. Man habe aus diesen Erklärungen die Schlußfolgerung gezogen, daß die USA den Teilnehmern des Atlantikpaktes keine militärischen Garantien geben wollen. Im Lager der Politiker, die Verschwörungen gegen den Frieden schmieden, entstand eine solche Erregung, daß das Staatsdepartement es für notwendig hielt, schon am nächsten Tage der Presse die beruhigende Erklärung zu übergeben, die ehrenwerten Senatoren hätten nicht im Sinne gehabt, „den Atlantikpakt seines Wesens zu berauben“, es gebe im Kongreß keinerlei Meinungsverschiedenheiten über die Paktziele!

Was also ist los? Um welche Frage ist eigentlich das ganze Getümmel entstanden? Es liegt klar auf der Hand, daß es sich um ein neues

Manöver aggressiver Politiker handelt, zu denen bekanntlich auch die Senatoren Connally und Vandenberg gehören. Der Zweck dieser Manöver ist der, vor den einfachen Amerikanern den wahren Sinn des Atlantikpaktes als einer Verschwörung gegen den Frieden zu verbergen. Seine Initiatoren fürchten das Gericht der öffentlichen Meinung. Insbesondere können sie sich nicht zu dem Eingeständnis entschließen, daß sie sich anschicken, den Artikel der USA-Verfassung, der die Zustimmung des Kongresses zu einer Kriegserklärung verlangt, gröblich zu verletzen.

Die passionierten Kriegsbrandstifter griffen also zu einem plumpen Trick und erklärten sich erneut für Schutzengel des Friedens und der Verfassung. Aber die Angst der westeuropäischen Politiker und das ungehaltene Geschrei der Presse haben diesen Trick vorzeitig entlarvt. Um die Anhänger der Westlichen Union, die nach militärischen Garantien und Waffen aus Amerika lechzen, zu beruhigen, beeilte sich die britische Presse mit der Erläuterung, die Verfassung der USA sei kein Hindernis für den Atlantikpakt. W. N. Ewer, ein Leitartikler des „Daily Herald“, erklärte, es werde lediglich nach einer Formulierung gesucht, „die die bestimmtesten Garantien im Rahmen der USA-Verfassung sichern werde“.

Mit anderen Worten, es handelt sich darum, wie der USA-Kongreß, „ohne sein Gesicht zu verlieren“, ein unerhörtes, in seinem aggressiven Wesen präzedenzloses Abenteuer, wie es der Atlantikpakt ist, sanktionieren kann.

Während Senator Vandenberg und Senator Connally sich an die Brust schlagen und ihre

Friedens- und Verfassungstreue beschwören, wird mit Hilfe der juristischen Berater der Landesassoziation der Industriellen eine Kautschukformulierung gefunden und der Atlantikpakt in „legale“ Rahmen eingezwängt. Ist doch die USA-Verfassung in den erfahrenen Händen der Wall-Street-Handlungsgehilfen ein überaus dehnbares Dokument!

An der Vorbereitung des Atlantikpaktes wird mit großer Eile gearbeitet. In ihrer Überstürztheit entlarven seine Macher sich auf Schritt und Tritt. So sind auch die Erklärungen der Senatoren Connally und Vandenberg mitsamt den anschließenden Erläuterungen nur ein weiterer Beweis für die militärisch-aggressive Ausrichtung des Atlantikpaktes, dieses rechtswidrigen Schachers der Kriegsbrandstifter.

EIN BEZEICHNENDES ZWIEGESPRÄCH

Die Bewohner der britischen Inseln müssen notwendigerweise beunruhigt sein durch die Abenteuerpläne der britisch-amerikanischen Imperialisten, die einen aggressiven Atlantikpakt zusammenkritzeln. England fällt in diesem Pakt eine mehr als unansehnliche Rolle zu. Ein gewisser Widerhall der Unruhe, die die öffentliche Meinung empfindet, dringt sogar durch die dicken Mauern des Unterhauses. Ein Beweis hierfür ist das nachstehende Zwiegespräch, das sich am 9. Februar zwischen dem labouristischen Unterhausabgeordneten Chamberlain und dem britischen Außenminister Bevin abspielte:

Chamberlain: Kann der Außenminister die Versicherung abgeben, daß die Regierung Seiner britischen Majestät in den Bestimmungen des vorgeschlagenen Atlantikpaktes nicht Verpflichtungen übernimmt, kraft denen dies Land (England) im Falle von Feindseligkeiten zwischen den USA und der UdSSR automatisch eine kriegsführende Macht werden würde?

Bevin: Nein.

Chamberlain: Ist mein höchst ehrenwerter Freund sich der Konsternation bewußt, die seine Weigerung, ein so sehr gemäßigtes und bescheidenes Ersuchen zu befriedigen, hervorrufen wird, und daß große öffentliche Unruhe darüber besteht, was in Washington zusammengebraut wird?

Bevin: Ich habe von irgendeiner Konsternation nichts gehört...

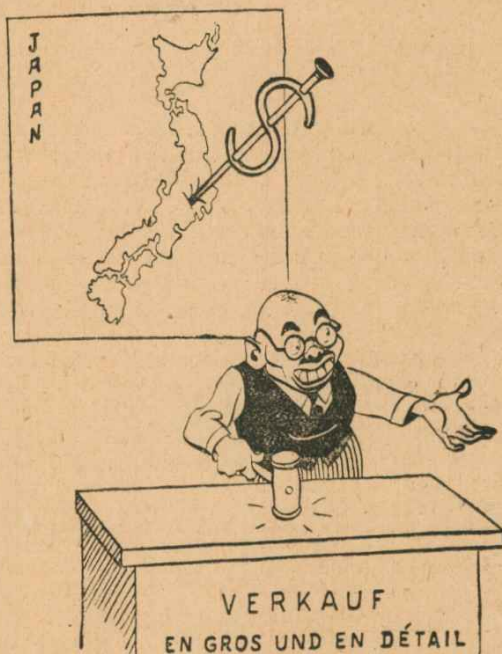
Der britische Außenminister hat somit im Grunde zugegeben, daß die britische Regierung die Entscheidung über die Frage von Krieg und Frieden für England an das Staatsdepartement der USA abgetreten hat. Den britisch-sowjetischen Bündnisvertrag mit Füßen tretend, ist

Bevin bereit, sich automatisch einem beliebigen von den USA angezettelten Abenteuer anzuschließen.

Beachtenswert ist, daß der britische Minister so tut, als habe er von der Beunruhigung der Öffentlichkeit nichts gehört. Bevin ist offenbar der Auffassung, daß es angesichts der zahlreichen Fälle von Verletzung internationaler Verpflichtungen durch die britische Regierung am besten ist, sich die Ohren zu verstopfen.

EIN ZWEIFELHAFTES BUSINESS

Einer Meldung der USA-Agentur International News Service zufolge hat der japanische Ministerpräsident Yoshida am 13. Februar die folgende Erklärung abgegeben:



Zeichnung von BORIS JEFIMOW

„Ich glaube, ein Teil der staatlichen Eisenbahnen und das staatliche Tabakmonopol sollten an ausländische Kapitalisten verkauft werden, um Japans Auslandskredite zu vergrößern. Ich hoffe ferner, daß ausländische Kapitalisten das Tabakmonopol kaufen werden. Im letzten Herbst sandten britische und amerikanische Tabakgesellschaften ihre Manager nach Japan, um die Situation zu untersuchen.“

Bekanntlich ist es Yoshida nach den jüngsten Parlamentswahlen nur dank der Unterstützung des Stabes von MacArthur gelungen, wieder den Posten des Ministerpräsidenten zu besetzen. Jetzt hat er es eilig, sich bei seinen Wohltätern zu bedanken. Er ist bereit, Japans gesamtes Volksgut unter den Hammer zu bringen.

DER BANKROTT EINER „WESTLICHEN IDEE“

Gerald Barry, ein früherer Schriftleiter des liberalen „News Chronicle“, der jetzt Kommentator der britischen Rundfunkgesellschaft (BBC) ist, wiederholte in einem Europabericht die trübseligen Gedankengänge, die er schon in der Dezembernummer der Zeitschrift „World Review“ angestellt hatte. Barry konstatierte:

„Ein dritter Weltkrieg würde, wenn er kommt, ein für eine Idee ausgefochtener Krieg sein. Um für eine Idee überzeugend kämpfen zu können, müssen die Menschen zunächst einmal genau wissen, was sie ist. Und zweitens müssen sie an sie glauben.“

Die Brandstifter eines neuen Krieges können den Völkern des marshallisierten Westeuropas jedoch keinerlei „Idee“ vorsetzen. Das Leben hat ihre zerfetzten Losungen vom Schutz der „westlichen Zivilisation“ und der „Rechte der Persönlichkeit“ gegen „Übergriffe eines Despotismus“ schon längst entlarvt. Also was tun? Barry meint:

„Diejenigen, die die Linke meiden, ... können gezwungen sein, bei einer reaktionären Rechten Freunde zu finden. In diesem Falle aber werden sie verpflichtet sein, früher oder später an die moralischen Sanktionen ihrer Koalition und den psychologischen Zusammenhalt der Massen zu denken, von deren Arbeit und Disziplin sie mit ihrer militärischen Effektivität abhängen werden. Eine westliche Union, der nicht nur Britannien, die beiden Niederlande und ein Teil Skandinaviens, sondern auch Spanien, Portugal, Griechenland, die Türkei und möglicherweise ein gaullistisches Frankreich angehören würden (um ein zweifelhaftes Deutschland nicht zu erwähnen), könnte schwerlich mit einem überzeugenden Schlachtruf der Demokratie in den Krieg ziehen.“

Hieraus zieht Barry den Schluß, es sei an der Zeit, das Gerede von „Demokratie“, an das nur noch wenige glauben, fallen zu lassen. Es müsse durch neue Lösungen ersetzt werden. Barry setzt auseinander:

„Wäre Rußland heute zaristisch anstatt kommunistisch, und wäre es ein ebenso starker Machtfaktor in der Welt wie es ist, so würde der Konflikt (clash) zwischen Washington und Moskau dennoch existieren.“

Mit anderen Worten, Barry bemüht sich, den sich jetzt abspielenden gigantischen Kampf zwischen dem Lager der Demokratie und den Kräften des Imperialismus als eine Art durch die Geschichte geheiligter Rivalität von Nationen hin-

zustellen und einen chauvinistischen Taumel hervorzurufen. Man bemerkt unschwer, daß der Urheber dieser „neuen“ Theorie einen vom Faschismus ausgetretenen alten Weg wandelt.

Wohin dieser Weg führt, wissen wir. Die Tatsache aber, daß Leute wie Barry daran denken, ihre pseudodemokratische Maske fallen zu lassen, ist sehr bezeichnend. Sie können jedoch nur schwer eine bessere Maskierung finden. Es ist überhaupt nicht mehr leicht, die Völker zu betrogen.

ÜBER DIE RUSSISCHEN ENTDECKUNGEN IN DER ANTARKTIS

Der antarktische Kontinent, der in seinen Ausmaßen Europa übertrifft, ist immer noch ein ungeöffnetes Buch. Es ist jedoch bekannt, daß in seinen Tiefen viele wertvolle Bodenschätze ruhen. In der Antarktis sind Kohle, Gold, Silber, Blei und Eisen festgestellt worden. Es besteht Grund zu der Annahme, daß dort auch Uranerze vorkommen. Die industrielle Erschließung dieser Bodenschätze ist jedoch bisher nicht in die Wege geleitet. Nur Walfangflotillen furchen vier Monate im Jahr die Gewässer der Antarktis. An diesem Gewerbe nimmt auch die Sowjetunion aktiven Anteil. Gegenwärtig befindet sich die sowjetische Walfangflotille „Slawa“ zum drittenmal seit Beendigung des Krieges innerhalb des südlichen Polarkreises.

Für den Menschen des Sowjetlandes ist die Antarktis von besonderem Interesse. Waren es doch die russischen Seefahrer Lasarew und Bellingshausen, die 1821 auf den Schaluppen „Wostok“ und „Mirny“ als erste die Antarktis entdeckt haben. Sie widerlegten dadurch die Behauptungen einer Anzahl ausländischer Forscher, die unter Berufung auf den Mißerfolg der antarktischen Expedition des englischen Seefahrers James Cook behauptet hatten, im Raume des Südpols gebe es kein festes Land.

In den letzten Jahren lenkt die Antarktis die besondere Aufmerksamkeit einer Anzahl von Mächten auf sich. Auf Initiative der USA wird hinter den Kulissen über das Regime dieses Raumes verhandelt. Die USA, Großbritannien, Australien, Neuseeland, Frankreich, Norwegen, Argentinien und Chile suchen hinter dem Rücken der Sowjetunion ein Geschäft abzuschließen. Es ist jedoch klar, daß jedweder ohne Beteiligung unseres Landes gefaßte Beschluß über die Frage der Antarktis der Rechtskraft entbehren würde, denn das Recht der Sowjetunion, sich an der Entscheidung über das Schicksal der von russischen Forschern entdeckten antarktischen Landgebiete

zu beteiligen, ist unbestreitbar. Die wissenschaftliche Weltöffentlichkeit hat den russischen Expeditionen nach den Südpolarräumen stets den schuldigen Tribut gezollt. Noch am 11. Februar d. J. hat L. P. Kirwan, der Direktor der Royal Geographical Society, erklärt, daß England die Rolle, die russische Seefahrer bei der Entdeckung der Antarktis gespielt haben, stets hoch eingeschätzt hat.

Trotzdem haben sich einige forsche Journalisten gefunden, die die Bedeutung der russischen Entdeckungen in der Antarktis zu schmälern suchen. Ein Korrespondent der amerikanischen Associated Press suchte in einer Mitteilung vom 11. Februar die Sachlage so hinzustellen, als ob der Amerikaner Palmer gleichzeitig mit der Expedition Bellingshausens, die die Antarktis entdeckt hat, in diesem Raum gewirkt habe. Dieser Korrespondent verbietet sich offenbar im Gestrüpp der Tatsachen, obgleich diese längst dokumentarisch fixiert sind und er sie in verbreiteten Nachschlagewerken, z. B. in der vielberufenen Encyclopædie Britannica, finden kann, wo in Band II, p. 14, angegeben wird, daß Palmer eine „bergige Inselgruppe“ in der Gegend des 64. Breitengrades entdeckt hat. Lasarew und Bellingshausen dagegen gelangten bedeutend weiter nach Süden und entdeckten jenseits des Polarkreises erst die Peter-I.-Insel und dann das Alexander-I.-Land unter 68 Grad 43 Minuten südlicher Breite. Im gleichen Band der Encyclopædia Britannica, p. 15, wird konstatiert, daß „Bellingshausen das erste jemals innerhalb des antarktischen Zirkels gesehene Land sichtete“. Folglich sind diese Tatsachen längst festgestellt und weithin bekannt.

Die Sowjetunion, die in den ersten Jahren ihrer Existenz mit der Verteidigung und Festigung des jungen Sowjetstaates beschäftigt war, konnte den Fragen der Antarktis nicht die gehörige Aufmerksamkeit widmen. Das russische Volk jedoch hat die großen Verdienste Lasarews und Bellingshausens, die als erste das antarktische Festland entdeckten, nie vergessen. Man begreift daher das Gefühl der Befriedigung, mit dem die Sowjetöffentlichkeit die Resolutionen aufgenommen hat, die die Geographische Gesellschaft der Sowjetunion zu dem Bericht des Akademiemitglieds Berg über „Die russischen Entdeckungen in der Antarktis und das heutige Interesse an ihr“ gefaßt hat. Das Sowjetvolk teilt restlos die autoritativen Erwägungen in der Resolution der Gesellschaft, in der unterstrichen wird, daß „die Fragen der Antarktis vor allem von denjenigen Staaten entschieden werden müssen, die ein historisches Anrecht auf Beteiligung an dieser Entscheidung haben“. Unter diesen Staaten gehört die erste Stelle von Rechts wegen der Sowjetunion.

KINDERENTFÜHRER

Wie Associated Press Anfang Februar mitteilte, hat die Appellationskammer des Obergerichts im Staate Neuyork einen Beschluß bestätigt, der es den minderjährigen Kindern des nach Sowjetarmenien repatriierten Arbeiters Tschulokian verbietet, zu ihren Eltern zu reisen.

Die Sache der Kinder Tschulokians verhält sich in Kürze wie folgt.

Von der Not bis zum äußersten getrieben, war Tschulokian 1942 gezwungen, drei von seinen sechs Kindern in einem katholischen Asyl Neuyorks unterzubringen.

Die Möglichkeit, die Existenz seiner Familie zu sichern, erhielt er erst, als er 1947 nach Sowjetarmenien zurückgekehrt war. Die katholischen Organisationen lehnten es jedoch ab, die Kinder ihren Eltern zurückzugeben, und zwar unter dem Vorwand, in der Sowjetunion gebe es keine „Freiheit der Religion“. Tschulokian rief das Gericht an und bestand auf seinen Vaterrechten.

Nach den amerikanischen Gesetzen kann niemand den Eltern die Kinder wegnehmen. Aber Recht und Gesetz sind im heutigen Amerika bekanntlich eine sehr zweifelhafte Sache. Der Richter des Obergerichts im Staate Neuyork hat die unmenschliche Handlungsweise der katholischen Organisationen für Recht befunden. In einer von Ausfällen gegen die Sowjetunion strotzenden Rede motivierte er seinen herzlosen Entscheid durch den Hinweis, er könne es den Kindern nicht gestatten, das Recht zu verlieren, die „Privilegien der amerikanischen Staatsbürgerschaft“ zu genießen.

Die Entscheidung des amerikanischen Gerichts, die nicht nur die grundlegenden Menschenrechte verletzt, sondern auch den Gesetzen der USA selbst widerspricht, hat in der Öffentlichkeit berechnete Entrüstung hervorgerufen. Eine ganze Anzahl von Organisationen — die Amerikanische Liga für staatsbürgerliche Freiheiten, die Amerikanische Anwalts-gilde, der Protestantische Rat der Stadt Neuyork u. a. — haben gegen diese Gesetzeswidrigkeit Verwahrung eingelegt. Trotzdem hat die Appellationskammer die rechtswidrige Entscheidung des Gerichtes bestätigt.

So sieht die amerikanische „Gerichtsbarkeit“ in der Praxis aus.

SALAZAR IN SEINEM ELEMENT

Am 13. Februar fanden in Portugal Präsidentenwahlen statt. Diese Wahlen sollten die Vollmachten Marschall Carmonas bestätigen, der sein Präsidentenamt angetreten hat, bald nachdem er 1926 gewaltsam die Macht ergriff. Im Laufe der Vorbereitungen zu diesen Wahlen wurde außer

Carmona zum erstenmal seit 22 Jahren ein Oppositionskandidat aufgestellt — der Ruhestandsgeneral Luis Norton de Matos. Salazar, der faschistische Diktator Portugals, ließ eine solche Freiheit zu, um beweisen zu können, daß auch sein Regime einen Platz in der Familie der „westlichen Demokratien“ beanspruchen kann.

Salazars Regime hat natürlich keinerlei Veränderungen erfahren. Der portugiesische Diktator hat die Daumenschrauben noch fester angezogen, da er befürchtet, daß die Unzufriedenheit der Massen sein faschistisches Regime hinwegfegen könnte. Einer Mitteilung der Londoner Wochenschrift „The Economist“ zufolge haben in Portugal in den Jahren 1946 und 1947 drei militärische Meutereien stattgefunden. Im Jahre 1948 wurden in diesem Lande vier große Prozesse gegen Mitglieder der demokratischen Bewegung durchgeführt. Diese Prozesse haben gezeigt, daß die demokratische Bewegung alle Bevölkerungsschichten erfaßt: auf der Anklagebank saßen Arbeiter und Bauern, Soldaten und höhere Offiziere, Studenten und Professoren.

Unter solchen Verhältnissen kam selbst ein so bedingter Oppositioneller wie ein Ruhestandsgeneral, der keine politische Partei vertritt, dem Klüngel portugiesischer Faschisten gefährlich vor. Sie stellten ihn unter Polizeiaufsicht, beraubten ihn des Rechts, sich während der Wahlkampagne der Presse und des Rundfunks zu bedienen und verhafteten eine Anzahl für ihn agitierender Personen.

Um die Bevölkerung einzuschüchtern, wurden vom 6. bis zum 14. Februar im ganzen Lande Luftflottenmanöver veranstaltet. Zwei Tage vor den Wahlen veröffentlichte das Kriegsministerium eine Mitteilung, in der „im Zusammenhang mit Gerüchten, die Unruhen in einigen Teilen der Provinz Alemtejo ankündigen“, Maßnahmen angedroht wurden, „um Aufstandsversuche rasch und energisch zu unterdrücken“.

Das Ergebnis dieser Provokationen war, daß Norton de Matos seine Kandidatur zurückzog. Salazars Regime ist ohne demokratisches Ornament geblieben und steht in seiner früheren faschistischen Nacktheit da.

Die Machinationen der amerikanischen Monopole in Bizonien

(Notizen eines Korrespondenten)

I. RÖMANZOW

1. Was ist JEIA?

Die schöne deutsche Stadt Frankfurt am Main machte vor etwa anderthalb Jahren unruhige Tage durch. Die britisch-amerikanischen Besatzungsbehörden hatten Befehl gegeben, alle bis dahin über verschiedene Städte und Städtchen Bizoniens verstreuten bizonalen Körperschaften hierher zu verfrachten. Nach Frankfurt strömten außer einer Horde deutscher Beamter mit schmächtigen Geldbeuteln und unermesslichen Präntionen eine Masse amerikanischer Obersten und Majore, auf deren dicken Leibern die militärische Uniform so saß, wie Großkaufleute ihren Rock zu tragen pflegen.

Unter den hunderten verschiedenen wichtigen und minder wichtigen Institutionen mit den

kompliziertesten Namen wurde eine amerikanisch-britische Institution aus Minden nach Frankfurt gebracht, die ein bescheidenes, aber geräumiges Gebäude bezog. Vor dem Eingang dieses Gebäudes wurde eine solide Wache robuster und schweigsamer amerikanischer Militärpolizisten (MP) postiert. In den Kabinetten begann hinter dichten Gardinen die gutgeölte Maschine einer Institution zu laufen, die unter der nichtssagenden Bezeichnung JEIA maskiert war. Dies sind die Anfangsbuchstaben der *Joint Export-Import Agency* (of the British and American Occupation Zones in Germany) — der Vereinigten Export-Import-Agentur der britischen und der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland.

Bei Gründung dieser Institution war erklärt worden, es sei ihr Ziel, den Außenhandel

Bizoniens zu fördern, und zwar mit der Maßgabe, daß „die Bizone zu einer sich selbst versorgenden Wirtschaftseinheit wird, die ohne die Hilfe der USA und Großbritanniens auskommen kann“. Die Export-Import-Agentur besorgt alle Außenhandelsgeschäfte der vereinigten Zone und verrechnet sie. Der gesamte Devisenertrag aus Bizoniens Außenhandel gelangt in ihre Hände. Aus diesem Ertrag werden Waren nach Deutschland importiert. Mit deutschen Firmen wird in deutschen Mark abgerechnet, die die Vereinigte Export-Import-Agentur aus dem Verkauf der importierten Waren innerhalb Bizoniens erzielt. Die Vereinigte Export-Import-Agentur soll angeblich keinerlei Profite machen und formal sollte sich ihre Tätigkeit auf reine Vermittlung, ja fast auf Funktionen der „Wohltätigkeit“ beschränken.

In der Praxis jedoch ist alles ganz anders gekommen. Bei näherem Hinsehen entpuppte sich die Agentur nicht als eine Körperschaft der Militärregierungen der vereinigten Zone, sondern als eine Privatgesellschaft kommerzieller Geschäftsleute. Wie ihr Generaldirektor, der amerikanische Bankier William J. Logan, erklärt hat, beruhen ihre Operationen auf rein kommerziellen Grundlagen. Die amerikanischen und britischen Beamten dieser Agentur sind, wie sich herausstellte, keine Militärpersonen, sondern Privatpersonen, die amerikanischen und englische Firmen vertreten. Neben ihrem aus den Besatzungskosten bestrittenen, also von den deutschen Steuerzahlern aufgebrachtten Gehalt beziehen diese Beamten eine Entschädigung von ihren Firmen, deren Interessen sie vertreten.

Die Tätigkeit der Agentur ist von einem dichten Schleier des Geheimnisses umgeben. Trotzdem ist es ganz klar, daß sie heute die Gebieterin der vereinigten Zone ist und nicht nur über ihren Außenhandel entscheidet, sondern über ihre gesamte wirtschaftliche Entwicklung überhaupt, einschließlich der Frage, wie die Landwirtschaft entwickelt werden soll und welche Betriebe und Zweige der Friedensindustrie zu liquidieren sind. Die Agentur erläßt „Instruktionen“, die die gleiche Kraft haben wie beliebige Verordnungen der Besatzungsbehörden, denen die deutschen Körperschaften sich zu fügen haben.

Durch Vermittlung dieser Vereinigten Export-Import-Agentur ist ganz Westdeutschland unter die Kontrolle der amerikanischen und der englischen Monopole geraten.

Es ist unmöglich, in der Agentur irgendeine Auskunft zu erhalten. Als einmal sowjetische Journalisten hineinschauten, traktierten die Leiter der Agentur sie bereitwillig mit schlechten Zigarren, auf Fragen aber antworteten sie jedesmal, sie hätten entweder die notwendigen

Materialien nicht zur Hand oder sie seien in dieser oder jener Angelegenheit nicht zuständig.

Die Vereinigte Export-Import-Agentur veröffentlicht nicht nur keine Bilanzen, sie läßt nicht einmal die Deutschen, die in bizonalen Körperschaften arbeiten, auch wenn sie das höchste Vertrauen genießen, auf Schußweite an ihre Bücher heran. Deutsche Angestellte können in der Agentur keine höheren Ämter als die von Reinmachefrauen oder Stenotypistinnen bekleiden.

Mr. Logan brachte aus den USA ein Gefolge von 400 amerikanischen Industriellen und Finanzmännern mit, die alle führenden Posten in der Agentur besetzten. Bei der Verschmelzung der amerikanischen und der britischen Zone zählten beide Besatzungsmächte als gleichberechtigte Partner die gleichen Summen auf das statutarische Kapital der Agentur ein. Bald jedoch verlangten und erhielten die amerikanischen Geschäftsherren 80 Prozent der Stimmen in der Agentur. Die Vertreter Englands haben außer dem dekorativen Posten eines stellvertretenden Generaldirektors kein einziges leitendes Amt inne.

Ferner waren bei Gründung der Agentur Dollar und Pfund die offiziellen Währungen, auf deren Grundlage die Agentur Außenhandelsabschlüsse tätigte. Später jedoch verlangten die amerikanischen Behörden, nur der Dollar solle die Basis für den deutschen Außenhandel bilden. Engländerseits stieß diese Forderung auf Einwände, da auch das Pfund Sterling Zahlungsmittel sein wollte. Aber nachdem Mr. Logan verboten hatte, deutsche Waren nach Ländern des Sterlingblocks auszuführen, mußte England auch in dieser Frage kapitulieren. Auf diese Weise wurde die Agentur schließlich zu einer rein amerikanischen Einrichtung, in der ein Dutzend amerikanische Monopole schalten und walten.

Die Agentur setzt fest, welche Waren Deutschland ausführen bzw. einführen soll und zu welchen Preisen. Das Hauptprinzip, von dem sie sich hierbei leiten läßt, ist die Beseitigung der Möglichkeit, daß deutsche Firmen mit amerikanischen und englischen konkurrieren. So wurden für deutsche Schreibmaschinen Preise festgesetzt, die 90 Prozent über den Preisen der amerikanischen Firma Remington liegen. Eben solche faktischen Sperrpreise wurden für Fahrräder, für Schneidewerkzeuge, für Eisen und Stahl sowie für andere deutsche Exportwaren festgesetzt. Die äußeren Märkte wurden diesen Waren verschlossen.

Ein anderes Prinzip der Agenturtätigkeit ist die Herauspressung von Profiten aus dem deutschen Export. Die Agentur hat es fertiggebracht, Westdeutschland in eine milchende Kuh zu verwandeln,

durch deren Ausbeutung amerikanische Firmen Hunderte von Millionen verdienen. Dies geschieht nach mehreren Methoden, die äußerlich korrekt erscheinen, dem Wesen der Sache nach aber eine Gaunerei sind. Sehen wir uns diese Sache näher an.

2. Über einige Geheimnisse der Vereinigten Export-Import-Agentur

Die Vereinigte Export-Import-Agentur vermittelt den gesamten deutschen Export und Import Bizoniens. Da der Export bedeutend unter dem Import liegt, so wird der Devisenmangel in der Außenhandelsbilanz Bizoniens durch Kredite gedeckt, die von den Regierungen der USA und Englands zur Verfügung gestellt werden. Der gesamte Betrag dieser Kredite wird als deutsche Staatsschuld angeschrieben, die später durch Warenexport gedeckt werden soll.

Somit werden die nicht durch deutschen Export bezahlten, vielmehr auf Grund amerikanischer und englischer Kredite angekauften, nach Bizonien importierten Waren durch die Schuldunterschrift eines deutschen Staates gedeckt. Man sollte meinen, hiernach müßten derartige Waren deutschen Verteilungsinstanzen zur Verfügung gestellt und so unter den deutschen Verbrauchern realisiert werden. Aber weit gefehlt! Diese Waren bleiben das Eigentum der Vereinigten Export-Import-Agentur, ihr fließt der gesamte Markterlös dieser Waren zu. So kommt es dahin, daß die deutsche Bevölkerung ein und dieselbe Ware zweimal zu bezahlen hat. Wenn ein deutscher Verbraucher ein aus amerikanischem Weizen gebackenes Brot kauft, so hat er es nicht nur bar zu bezahlen, sondern außerdem noch im Namen eines deutschen Staates einen Schuldschein zu unterschreiben, der in letzter Instanz sein eigener Schuldschein ist.

Aber auch damit nicht genug. Die Vereinigte Export-Import-Agentur bringt das Kunststück fertig, für den gleichen Laib Brot noch ein drittes Mal Zahlung zu erhalten. Dies geschieht auf folgende Weise. Bis vor kurzem bezahlte die Agentur deutschen Exporteuren ihre Waren in Mark nach den Preisen des sogenannten Stoppkurses. Diese Preise liegen bedeutend unter den Selbstkosten der Ware. So bezahlte z. B. die Agentur lange Zeit für die zu exportierende Kohle 15 Mark je Tonne, während die faktischen Selbstkosten jeder Tonne sich auf 30 Mark beliefen. Damit die deutschen Grubenbesitzer nichts einbüßen, wird der Unterschied durch Subsidien der deutschen Behörden gedeckt, die die hierfür notwendigen Mittel durch Verbrauchssteuern aufbringen. So

bezahlt der deutsche Verbraucher ein und denselben Laib Brot aus importiertem Weizen der Agentur ein drittes Mal.

Die Methode, ein und dieselbe Importware mehrere Male bezahlen zu lassen, hat sich als sehr einträglich erwiesen. Die Vereinigte Export-Import-Agentur, die ihre Tätigkeit mit einem statistischen Kapital von 200—300 Millionen Dollar begann, besitzt heute darüber hinaus 3—4 Milliarden Mark und außerdem den Schuldschein eines deutschen Staates über etwa 4 Milliarden Dollar.

Dies ist eines der Geheimnisse der Vereinigten Export-Import-Agentur.

Das zweite Geheimnis besteht in der Methode, wie Mark in Dollars und Dollars in Mark umgerechnet werden. Bis Sommer 1948 bezahlte die Agentur exportierte deutsche Waren in Mark und verrechnete den Betrag auf Konto des deutschen Exports zu Stoppkurspreisen. Heute ist dieses System etwas anders geworden, aber der Sinn ist der gleiche geblieben. Die Preise des Stoppkurses sind faktisch die Preise, die in Deutschland vor 12—13 Jahren gegolten haben. Seitdem sind die Weltmarktpreise etwa auf das Dreifache gestiegen. Die Kaufkraft der Mark nach dem Stoppkurs ist also die gleiche wie vor dem Kriege, die Kaufkraft des Dollars aber ist auf ein Drittel zurückgegangen. Bei Exportgeschäften nach dem Umrechnungskurs der Vereinigten Export-Import-Agentur wird aber eine Mark im Durchschnitt nur 30 Cent gleichgesetzt. Um also einen heutigen Dollar zu erhalten, muß der deutsche Lieferant Waren im Betrage von 3,30 Vorkriegsmark ausführen, d. h. bedeutend mehr als vor dem Kriege. Für diesen Dollar aber kann man im Ausland nur ein Drittel der Waren kaufen wie vor dem Kriege. Folglich muß Westdeutschland, um eine der Vorkriegsmenge gleiche Warenmenge aus dem Ausland importieren zu können, viermal soviel Waren ins Ausland exportieren wie vor dem Kriege.

Der Anschaulichkeit halber wollen wir die Verrechnungsmethode der Vereinigten Export-Import-Agentur mit einem deutschen Exporteur an dem nachstehenden Beispiel verfolgen.

Nehmen wir an, eine Ware im Werte von 250 Vorkriegsmark oder 100 Vorkriegsdollar werde aus Westdeutschland nach England ausgeführt. Der deutsche Exporteur erhält von der Vereinigten Export-Import-Agentur 250 heutige Mark. Die Vereinigte Export-Import-Agentur schreibt dem deutschen Export nach dem durchschnittlichen Verrechnungskurs (1 Mark=30 Cent) 75 Dollar gut. Der Index der Großhandelspreise in England lag im vorigen Sommer um 188 Prozent über dem Vorkriegsindex. Dies bedeutet, daß für die deutschen Waren, für die die Agentur Westdeutsch-

land 75 Dollar gutgeschrieben hat, in England 288 Dollar vereinnahmt werden. Die Differenz, 213 Dollar, bildet den Reingewinn des Vermittlers — der Vereinigten Export-Import-Agentur — oder der Firma, die durch ihre Vermittlung diese Operation ausgeführt hat.

Weiter kauft die Agentur in England Waren für Bizonen und führt sie dorthin ein. Für diese Waren haben die Deutschen 640 Mark zu bezahlen, die in die Vereinigte Export-Import-Agentur gelangen (bei der Einfuhr wird ein durchschnittlicher Umrechnungskoeffizient von 45 Cent für 1 Mark angewandt). Auf diese Weise schließt das Markkonto mit einem Gewinn von 390 Mark für die Agentur ab. Auf dem Konto des deutschen Exports erscheinen jedoch nur 75 Dollar, während die eingeführten Waren 288 Dollar kosten. Der Fehlbetrag beläuft sich auf 213 Dollar. Diese Differenz muß entweder durch anderen deutschen Export gedeckt werden oder wird auf Konto der deutschen Staatsschuld verbucht.

Das Ergebnis der ganzen Operation ist also folgendes:

Die Vereinigte Export-Import-Agentur besitzt einen Reingewinn von 390 Mark und einen Scheck auf die Staatsschuld Deutschlands über 213 Dollar;

der englische oder amerikanische Händler hat netto 213 Dollar verdient;

Westdeutschland, das mit Hilfe der Vereinigten Export-Import-Agentur eine Warenmenge ausgeführt hat, die vor dem Kriege hingereicht hätte, um die eingeführten Waren voll zu bezahlen, hat eine Schuld in Höhe von 390 Mark und 213 Dollar.

Selbstverständlich handelt es sich hier um ein schematisches Beispiel, aber es entspricht restlos der Verrechnungsmethode, die die Vereinigte Export-Import-Agentur bis vor kurzem anwandte.

Infolge dieser Verrechnungsmethode reichte der Export der Bizone mit ihrer hochentwickelten Industrie nicht hin, um die importierten Auslandswaren zu bezahlen, so daß die Außenhandelschuld Bizoniens astronomische Ziffern erreicht. Daß es möglich ist, ohne diese Schuld auszukommen, beweisen die Erfahrungen der sowjetischen Zone. Ostdeutschland mit seinen bedeutend schlechteren Exportmöglichkeiten ist ohne Außenhandelschulden ausgekommen.

Anfang v. J. wurde die Einführung einer neuen Berechnungsmethode bekanntgegeben, der an Stelle der verschiedenen Koeffizienten für jede einzelne Warengruppe ein einheitlicher Verrechnungskoeffizient (1 Dollar = 3,33 Mark) zugrunde gelegt wird. Der deutsche Exporteur wird nicht nach dem Stoppkurs bezahlt, sondern erhält eine Marksumme, die sich aus der Multiplikation des Dollarerlöses mit dem Koeffizienten 3,33 ergibt.

Die eingeführten Waren werden an die Verbraucher nicht nach Stoppkurspreisen verkauft, sondern nach ihrem mit dem gleichen Koeffizienten multiplizierten Dollarwert. Aus dieser Regelung ausgeschlossen wurden jedoch Kohle, die nach wie vor nicht zu Weltmarktpreisen, sondern für 15 Dollar die Tonne verkauft wird, sowie importierte Lebensmittel, die nach Stoppkurspreisen verkauft werden sollten.

Im Januar d. J. wurde auf importierte Lebensmittel dasselbe Verfahren angewandt, das auch für andere Waren gilt. Diese Maßnahme führt nach den Berechnungen der bizonalen deutschen Körperschaften für Lebensmittelversorgung zu einer Verteuerung des Imports um etwa 1,25 Milliarden Westmark, was seinerseits eine Erhöhung der Lebensmittelausgaben der westdeutschen Bevölkerung um 20 Prozent nach sich ziehen wird.

Somit liegt das zweite Geheimnis der Vereinigten Export-Import-Agentur in der Methode, nach der die Außenhandelsgeschäfte verrechnet werden.

Aber auch hiermit hat die Sache noch nicht ihr Bewenden. Tatsache ist, daß die Agentur einen bedeutenden, wenn nicht den größten Teil des deutschen Exports einfach verhehlt. Um sich hiervon zu überzeugen, braucht man sich nur einige Zahlen anzusehen, die in der Presse der Westzonen veröffentlicht worden sind.

Nach den vom „Handelsblatt“ veröffentlichten Angaben des Wirtschaftsverbands Chemische Industrie in der britischen Zone wird der Export von Chemikalien aus der britischen Zone in neun Monaten des Jahres 1947 auf 10 Millionen Dollar geschätzt. Im Jahresbericht der Agentur wird jedoch mitgeteilt, Bizonen habe 1947 nur für 4,3 Millionen Dollar Chemikalien ausgeführt.

Nach einem Bericht des Hessener Außenhandelskontors wurden 1947 aus Hessen für 1 080 000 Dollar keramische Artikel exportiert. Die Agentur dagegen behauptet, die gesamte Bizone habe 1947 nur für 783 400 Dollar derartige Waren ausgeführt.

Die Bizone gab 1947 an benachbarte Länder 1,2 Milliarden Kilowattstunden elektrischen Strom ab. Strom wird zum Preise von 0,63 Cent je Kilowattstunde exportiert (dagegen zu 1 Cent je Kilowattstunde importiert). Die Vereinigte Export-Import-Agentur vereinnahmte also für die Ausfuhr von elektrischem Strom aus Bizonen mindestens 7 560 000 Dollar. Im Jahresbericht der Agentur sind als Einnahmeposten für die Ausfuhr von elektrischem Strom dagegen nur 753 400 Dollar verbucht, d. h. genau der zehnte Teil.

Für den Export von Elektroartikeln schrieb die Agentur 1947 Deutschland 749 500 Dollar gut, obgleich allein der britische und der amerikanische Sektor Berlins 1947 für 2 940 000 Dollar Elektroartikel exportiert haben.

Das britisch-amerikanische Kontrollamt hat mitgeteilt, daß der Kunstseideexport aus Bizonien sich 1947 auf 5,4 Millionen Dollar belief. Die Agentur dagegen gab für den Export von kunstseidenen und wollenen Geweben sowie fertiger Kleidung nur 548 300 Dollar an.

Derartige Beispiele einer betrügerischen Exportverhehlung lassen sich sehr viele anführen.

Diese Machinationen führten zu dem Ergebnis, daß die Bizone, die vor dem Kriege für 2,7 bis 2,8 Milliarden Mark Fertigwaren exportierte, was etwa der gleichen Summe in jetzigen Dollars entspricht, 1947 für diese Exportart nur 36 Millionen Dollar vereinnahmte. Der Haupterlös floß in die unergründlichen Taschen der amerikanischen und englischen Geschäftsherren, die durch Vermittlung der Vereinigten Export-Import-Agentur das Wirtschaftsleben Bizoniens in ihre Hände gebracht haben.

Eine analoge Praxis dauerte auch 1948 an. Nach den Angaben der amtlichen deutschen Statistik hatte Bizoniens Außenhandel in den ersten neun Monaten des Jahres 1948 einen Fehlbetrag von 309 Millionen Dollar aufzuweisen. Die Agentur gibt diesen Fehlbetrag jedoch mit 684 Millionen Dollar an, vergrößert die betreffende Summe also willkürlich auf mehr als das Doppelte.

Aus Westdeutschland wird buchstäblich alles ausgeführt — von Kohle und Eisenschrott bis zu Schauspielerinnen, die für die Agentur Dollars verdienen, ihr Honorar aber in Mark erhalten, die vom deutschen Steuerzahler aufgebracht werden müssen.

Als im Januar v. J. im Unterhaus angefragt wurde, zu welchem Preise deutscher Metallschrott nach England eingeführt wird, da erklärte ein Regierungsvertreter, er könne die entsprechenden Zahlen nicht mitteilen, da das „unzweckmäßig“ sei. Er schämte sich zu sagen, daß dem deutschen Staatsschuldkonto für diesen Schrott etwa 6 Dollar je Tonne gutgeschrieben werden, während er auf dem Weltmarkt etwa 40 Dollar die Tonne kostet.

* * *

Was wird nun für die kläglichen Dollars und Cents, die den Deutschen nach allen Machinationen der Vereinigten Export-Import-Agentur verbleiben, nach Westdeutschland eingeführt? Was wird eingeführt für die Milliarden Dollar, die der

amerikanische und der britische Steuerzahler aufzubringen haben, angeblich um die Bevölkerung Bizoniens vor dem Hungertod zu retten? Vielleicht die Rohstoffe, deren Deutschland so dringend bedarf? Vielleicht Ausrüstungen, die für die Wiederherstellung der deutschen Friedenswirtschaft notwendig sind, oder Lebensmittelarten, die die Bevölkerung wirklich braucht?

Wenden wir uns den Tatsachen zu.

Die Vereinigte Export-Import-Agentur nutzt ihre Monopolstellung dazu aus, um ihren amerikanischen und englischen Herren zu helfen, Ladenhüter loszuwerden, die auf anderen Märkten keinen Absatz finden. Nach Bizonien wurden Millionen Paar Segeltuchschuhe eingeführt, die amerikanischen Firmen seit 1922 nicht absetzen konnten. An Bizonien wurden für 200 Millionen Dollar Tuchfetzen und Metallgerümpel aus Beständen der USA-Armee verkauft, die als „reparaturbedürftige Werte“ deklariert waren. Diese Fetzen und „Ausrüstungen“ mußten nach Tonnen gewogen werden, da sie sich einfach nicht zählen ließen. Englische Firmen setzen in Westdeutschland zum vollen Preis aus der Mode geratene Konfektion ab, die sich an anderen Stellen nicht einmal zum vierten Teil des Preises verkaufen ließe.

Deutschland wird mit einer Kaffeesorte „Rio 7“ beliefert, die auf dem Weltmarkt wegen ihrer geringen Qualität nicht loszuwerden ist.

Die Agentur hat hunderttausende Tonnen faulen Mais, der vier bis fünf Jahre eingelagert gewesen war, nach Bizonien eingeführt und dort verkauft.

Amerikanische Fleischmonopole setzen sich für eine Verringerung des Viehbestands in Westdeutschland ein, damit sie den Export der minderwertigsten Fleischsorten nach Deutschland vergrößern können. Der deutsche Verbraucher erhält auch jetzt seine geringfügige Fleischration in Gestalt amerikanischer Pferdefleischkonserven, die von vier Fleischkönigen der USA auf den Markt geworfen werden.

Die Tatsache, daß die Industrie der Bizone mit dem Tempo ihres Wiederaufbaus an einer der letzten Stellen in Europa steht, obgleich sie durch die Kriegshandlungen weniger als andere zu leiden hatte, muß in nicht geringem Grade durch die Politik der Vereinigten Export-Import-Agentur erklärt werden. Auf dieselbe Weise erklärt sich auch die Tatsache, daß die Landwirtschaft der Bizone mit dem Tempo ihres Wiederaufbaus an letzter Stelle steht und ihre Warenlieferungen von Jahr zu Jahr verringert.

Diese Politik hat dazu geführt, daß Westdeutschland mit seiner entwickelten Industrie und seinen großen landwirtschaftlichen Möglichkeiten

seine Bevölkerung nicht ernähren kann und nicht in der Lage ist, auch nur das jetzige Hungerlebensniveau auf eigene Rechnung zu gewährleisten. Bizonien macht immer größere Schulden. Seine Verschuldung bei den USA und England wächst unaufhörlich. Der Fehlbetrag des Außenhandels steigt mit jedem Jahr. Von 495 Millionen Dollar im Jahre 1946 stieg er auf 509 Millionen Dollar im Jahre 1947 und hat 1948 nach vorläufigen Angaben fast 800 Millionen Dollar erreicht. Die

amerikanischen Monopole schaffen vorsätzlich Verhältnisse, die es den Westzonen unmöglich machen, ohne Hilfe von außen auszukommen. Sie haben der deutschen Bevölkerung ihre Vereinigte Export-Import-Agentur auf den Hals gesetzt, die das Land ausplündert und die Grundlagen seines Wirtschaftslebens um der Profite der amerikanischen Fleisch-, Getreide-, Gummi-, Erdöl- und anderer Industriekönige willen untergräbt.

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Bernhard Kellermanns neuer Roman

L. TSCHORNAJA

BERNHARD KELLERMANN ist einer der wenigen bedeutenden Schriftsteller, die nach Hitlers Machtantritt in Deutschland geblieben sind, und von ihnen allen der einzige, der seine Feder nicht durch Mitarbeit an faschistischen Publikationen entweiht hat. Ungeachtet des heimlichen und offenen Druckes der Hitlerbehörden hat Kellermann während der 12 Jahre seines Verbleibens im „Dritten Reich“ keine Zeile veröffentlicht.

Kellermanns neuer Roman „Totentanz“* ist sein erstes Buch nach langen Jahren erzwungenen Schweigens. Es ist ein Roman vom Leben in Hitlerdeutschland. Der Schriftsteller hat hier Tatsachen ausgewertet, die er persönlich wahrnahm und beobachtete.

Die Romanhandlung verläuft in einer mittelgroßen Stadt des Hitlerreichs, die in dem Buch nicht genannt wird. Bei Kellermann, der doch in seinen früheren Romanen die „Geographie“ seiner Werke überaus sorgfältig berücksichtigte, hat hier kein Zufall gewaltet. Die im „Totentanz“ beschriebene Stadt ist darum nicht genannt, weil es in Deutschland Dutzende solcher Städte gegeben hat und weil der von den Philistern dieser deutschen Stadt verübte „Sündenfall“ typisch gewesen ist.

Der Schriftsteller hat hier bei weitem nicht die ganze soziale Stufenfolge des faschistischen Reichs dargestellt. In seinem Blickfeld standen nur die Oberschichten: Großbürger, faschistische Funktionäre, der Militärklüngel, einflußreiche Beamte und Intellektuelle. Mit dieser Auswahl der Romanhelden hat er ein bestimmtes Ziel verfolgt.

Gleich anderen demokratischen Schriftstellern Deutschlands sucht Bernhard Kellermann in seinem Schaffen beharrlich nach einer Antwort auf die Frage, wer die Faschisierung Deutschlands verschuldet hat. Der Roman „Totentanz“ behandelt dies Thema.

Schuld daran, daß Deutschland den verbrecherischen Weg des Nazismus eingeschlagen hatte, sind laut Kellermann in erster Linie die Machthaber, die regierenden Kreise Deutschlands. Eine ganze Galerie dieser „Hauptschuldigen“ des deutschen Faschismus zieht in dem Buch an uns vorbei.

In diesem Sinne ist das Kernstück der Romanhandlung an sich schon bedeutsam. Der hohe Beamte Frank Fabian, einer der Stadthonoratioren, kehrt nach kurzem Fernbleiben heim. In seiner Abwesenheit ist Wesentliches geschehen. Die Hitlerleute haben in Deutschland die Macht an sich gerissen. Zusammen mit Fabian gewahrt der Leser, wie der Hitlerfaschismus in alle Poren des städtischen Lebens eindringt. Der in der Stadt vollführte unblutige Putsch erscheint nur auf den ersten Blick als Umsturz. In Wirklichkeit bleiben an der Macht die gleichen Personen: Leute mit „Schmerbäuchen“ und „glänzenden Glatzen“ (S. 111). Der Verfasser zeigt, daß die Hitlerleute in erster Linie „Millionäre, Industrielle und Kohlenbarone“ (S. 280) an die Macht gebracht haben.

Kellermanns klare Einstellung zur Genesis des Faschismus muß vor allem deshalb vermerkt werden, weil man im heutigen Deutschland vielfach versucht, diese Frage zu verwirren. Bislang bemühen sich viele Literaten emsig um den Nachweis, der Faschismus sei die Tyrannei des wild

* Bernhard Kellermann. Totentanz. Aufbauverlag, Berlin 1948.

gewordenen „kleinen Mannes“; die Faschisten seien Mob, die Antifaschisten hingegen eine Art Aristokraten und von Gott erkorene Persönlichkeiten. Ebenso weit verbreitet ist die Legende, der Hitlerfaschismus sei ein „unfaßbares Übel“ gewesen, eine über den Klassen stehende Erscheinung, von der die Großen und die Kleinen auf dieser Welt gleichermaßen befallen gewesen seien. Kellermann liegen derartige reaktionäre Erdichtungen fern.

Hinter den Kulissen der faschistischen Epopöe, in der von Kellermann beschriebenen namenlosen Stadt, ist allzeit ein Gebieter Nr. 1 unsichtbar zugegen: die Rüstungsfabrikantenfirma Brüder Schellhammer. Vor dem unheilswangeren Hintergrund ihrer Rüstungswerke spielen sich antisemitische Pogrome und wilde Orgien der Faschisten ab, erfolgen Verhaftungen völlig unschuldiger Menschen und blutige Waffengänge. Die Brüder Schellhammer, Rüstungslieferanten der Hitlerarmee, sind Menschen ohne Ehre und Gewissen. Ihr einziger Ansporn ist Geldgier, Gewinnsucht, Bereicherungstrieb. Nach den Worten einer Romanfigur ist Geld das Idol, das die Brüder Schellhammer anbeten und dem sie alles — das Gedeihen Deutschlands, das Glück des deutschen Volks und selbst das Wohlergehen ihrer Schwester — zu Füßen zu legen bereit sind.

Kellermann hat nicht den gesamten Mechanismus der Beziehungen zwischen Großindustrie und Hitlerregime dargestellt. In seinem Roman bleibt sehr vieles unaufgedeckt. Es ist jedoch klar, daß die Brüder Schellhammer und deren Interessen die güldene Triebfeder sind, die den bösen Pfeil des Faschismus lenkt. Die Familie der Rüstungsfabrikanten tritt somit auch nicht in den Vordergrund des Romans. Und das ist gleichfalls ein dem Leben entnommener Einzelzug. Die Hauptspieler des faschistischen Dramas, die deutschen Industriemagnaten, waren nicht auf den Beifall des breiten Publikums aus. Hitlerdeutschlands wirkliche „Führer“ zogen es vor, durch ihre Kommis und Vertrauenspersonen das Land zu regieren.

Die Brüder Schellhammer hängen ihre Verbundenheit mit Gauleiter Rumpf nicht an die große Glocke. Der Grund für dies Verhalten ist durchaus nicht Bescheidenheit. Selbst während der schwindelerregendsten Erfolge der Hitlerleute denken die Rüstungslieferanten der namenlosen Stadt an einen „Notausgang“. Wir erfahren aus dem Roman, daß diese erfolgreichen Geschäftemacher sich im voraus eine stille Zuflucht in der Schweiz gesichert hatten. In einem Zornausbruch sagt Beate Lerche, die Schwester der Schellhammers, voll Empörung, daß ihre Brüder unter allen Umständen verstehen werden, sich aus der Affäre zu ziehen. Und wirklich: man kann sich leicht vor-

stellen, wie diese Industriemagnaten von den Entnazifizierungskammern in den Westzonen „mangels Beweises“ glatt rehabilitiert werden...

Mit nicht geringerem Sarkasmus skizziert Kellermann den deutschen Militärklüngel. Der hochnäsige und beschränkte Baron von Thünen und seine würdige Gattin können sich das Schicksal Deutschlands und namentlich ihr eigenes Schicksal nicht ohne Krieg vorstellen. Militärischer Schneid, Paraden, Katzbuckelei vor den Vorgesetzten zusätzlich einiger kümmerlicher Gedankensplitter von wegen Überlegenheit der germanischen Rasse — das ist das ganze geistige Gepäck des reaktionären deutschen Offizierkorps. Baron von Thünen ist ein idealer Landsknecht für alle, auch die verbrecherischsten und schuftigsten Feldzüge.

In Frank Fabian, einer Hauptfigur des Romans, entlarvt der Verfasser schonungslos die reaktionären Intelligenzler. Als der Faschismus zur Macht kam, standen Frank Fabian und seine Freunde vor der Alternative: den Hitlerleuten folgen oder den Kampf gegen die Bande von Verbrechern aufnehmen, die die Macht an sich gerissen haben? Aber diese Frage ist schon im voraus beantwortet. Frank Fabian, der sich gern seiner „Freisinnigkeit“ rühmt, ist, im Grunde genommen, ein durch und durch käufliches, prinzipienloses Subjekt. Sein Geschmack, seine Neigungen und Ideale wechseln mit dem Geschmack, den Neigungen und Idealen der imperialistischen Machthaber Deutschlands. Der liberal-rosafarbene Frank Fabian wird schnell dunkelbraun.

Fabians Gestalt ist durchaus nicht schematisch dargestellt. Um seine Seele und in seiner Seele kämpfen nicht nur die Kräfte des Eigennutzes und des Egoismus, sondern auch die des „Guten“. Einigemal gibt der Schriftsteller seinem Helden gleichsam die Chance, sich zu bessern. Von dem zum „Nazi“ gewordenen Frank Fabian kehrt sich seine Liebste ab. Sein Bruder Wolfgang, ein Bildhauer, schleudert ihm Worte voller Zorn und Verachtung ins Antlitz. Zuletzt verliert Frank Fabian seine Söhne. Das Leben gemahnt ihn mehrmals daran, daß der Faschismus nicht ~~nur~~ sein „Vaterland“, sondern auch sein persönliches Geschick zerstört und entehrt. Er bleibt indes taub für diese Stimme des Lebens. Erst kurz vor dem Zusammenbruch Hitlerdeutschlands vernimmt Fabian sie. Er begreift, daß die Zerschmetterung des deutschen Faschismus unausbleiblich ist, und endet durch Selbstmord.

Intellektuelle vom Typ Frank Fabians sind für Deutschland höchst charakteristisch. Dieser Teil der Intelligenzschicht schwamm stets im Fahrwasser des deutschen Imperialismus. Aus seinen Reihen rekrutierten die Hitlerfaschisten „Fachleute“, die in der Wirtschaft und der Politik des

faschistischen Deutschland oftmals Kommandoposten einnahmen. Jetzt sind eben diese „Fachleute“ den neuen, den britisch-amerikanischen Herren in Westdeutschland dienstbar. Die heutigen Fabians hindert ihr Erznationalismus mitnichten am Abschluß höchst vorteilhafter Geschäfte mit den Vertretern der angelsächsischen Mächte, die Deutschlands Westzonen besetzt halten.

Kellermann hat nicht nur die Schellhammers, die von Thünens und ein Dutzend anderer faschistischer „Helden“, sondern auch ihre Lakaien à la Fabian meisterlich skizziert. Er hat gezeigt, wie der Hitlerfaschismus die reaktionärsten Elemente in Deutschland zu einer Einheit zusammenschloß. Die berüchtigte „Volksgemeinschaft“, von der die Goebbelspropaganda so viel schwatzte, war, wie Kellermann darlegt, eine „Gemeinschaft“ von Großindustriellen, karrieristischen Offizieren, moralisch verlumpten Beamten und den übrigen Vertretern der bourgeoisen Spitzenclique. Worauf beruhte diese enge Verbundenheit der deutschen Oberschichten in der Zeit des Faschismus? Kellermann beantwortet diese Frage mit einem einzigen Wort: „Profit“. Er schreibt:

„Die Industriellen, die sie (die Nazis — L. T.) an die Macht brachten, verdienen Millionen und Milliarden, die Offiziere und Generale erhalten hohe Ordensauszeichnungen, doppelte und dreifache Gehälter, Rittergüter, es ging ihnen nie besser. Alle Welt verdient Geld in Hülle und Fülle...“ (S. 335.)

Mit großer Darstellungskraft beschreibt Kellermann das Goldfieber, das die Stadt nach dem Machtantritt der Faschisten erfaßte. In der Stadt „lag der Geruch von Geld“ buchstäblich „schon in der Luft“.

„Verdienen, verdienen! Reich werden! Die Begierde, Reichtümer zu erraffen, las man in allen Augen. Reich werden, heute, morgen, dann hatte das Leben wieder einen Sinn.“ (S. 117.)

Gemeinsamer schamloser Raub, erst innerhalb des Landes, dann auch draußen — so stellt sich der deutsche Faschismus in Kellermanns Buch dar. In der Stadt, die in dem Roman beschrieben wird, „machen“ tatsächlich alle „Geld“: der neue Bürgermeister Taubenhaus, der Hotelier Roßmeier und die Fabrikanten Brüder Schellhammer. Apotheose dieses ganzen Raubs ist der Krieg. Die „loyalen“ Bürger werden zu Wegelagerern. In den okkupierten Gebieten fühlen sie sich wie Krösusse. Vortrefflich ist der Profitrausch am Beispiel des Architekten Krieg dargestellt. Baurat Krieg ist ein energieloser Bürger mit scheinbar allen Spießertugenden. Aber kaum taucht vor ihm das Gespenst des Profits auf, kaum gerät er selber ins okkupierte Gebiet, sind ihm nicht nur seine pseudodemokratischen Neigungen, sondern auch seine sämtlichen Bürger-tugenden abhanden gekommen. Ohne die

geringsten Gewissensbisse plündert er zuletzt fremde Städte und verschachert die Ehre seiner Töchter...

Bernhard Kellermann hat in der Frühzeit seines Schaffens erfolgreiche ruhm- und geldsüchtige Geschäftemacher des öfteren geschildert. Mit einem aus Begeisterung und Beklommenheit gemischten Empfinden schrieb er über „Helden“ der bürgerlichen Gesellschaft. Der halbphantastische Roman „Der Tunnel“ war ein Hymnus auf den zwar grausamen, doch immerhin aufbauenden Kapitalismus. Freilich hat Kellermann in seinen späteren Romanen „Die Brüder Schellenberg“ und „Die Stadt Anatol“ die kapitalistische Gesellschaft einer scharfen Kritik unterzogen. Aber auch in diesen Werken entbehrten eigensüchtige und habgierige Geschäftemacher nicht irgendwelcher Züge von „Lebensschöpfern“.

In dem Roman „Totentanz“ hat Kellermann der Legende von den Schöpferkräften des Imperialismus allen Nimbus genommen. Alle „konstruktiven“ Pläne der Faschisten erleiden Fiasko. Die von den Faschisten „umgebaute“ Kapuzinerstraße liegt in Trümmern. Überall, wohin der Fuß der Hitlerleute tritt, entstehen Ruinen und Wüsten. Zum Schaffen sind die Hitlerleute nicht fähig. Die faschistische Herrschaft bringt Deutschland nicht Reichtum noch Gedeihen, sondern Tod und Verwüstung, denn Krieg, Tod und Verheerungen sind faschistisches Business.

Um die Bevölkerungsmassen zu benebeln und dem faschistischen Business dienstbar zu machen, waren den deutschen Imperialisten die Mordgesellen mit dem Hakenkreuz vonnöten. In manchen Nachkriegsprodukten ausländischer Literatur ist es Brauch geworden, den Hitlerfunktionär als Wahnsinnigen zu schildern, der sich genial dünkt. In jeder Weise unterstützte die faschistische und die profaschistische Literatur die Legende von den irrationalen, unterbewußten Kräften, die das Treiben der großen und kleinen „Führer“ angeblich bestimmt hätten.

Kellermann bricht entschlossen mit dieser lügenhaften Schablone. Der von ihm beschriebene einflußreiche Hitlermann, Provinzgauleiter Rumpf, ist nicht weniger zurechnungsfähig als irgendein Mörder, der Menschen für Geld „umlegt“. Rumpf ist ein deklassiertes Subjekt. Sein „Werdegang“ vollzieht sich zwar irgendwo jenseits des Buchs, aber man weiß, daß er lange in Amerika gelebt hat. Schon Gauleiter geworden, entsinnt er sich mit großem Behagen seiner Arbeit als Schlächter in den Schlachthöfen von Chicago. Rumpfs faschistische Ideologie bildet sich in der amerikanischen Unterwelt heraus. Er ist ein zum Politiker gewordener Gangster. Dieser amerikanische Hochstapler deutscher Abstammung reist nach Deutschland, da er begriffen hat, daß die

Zeit gekommen ist, wo die deutschen Kapitalisten der Dienste von Abenteurern grade seines Schlags bedürfen, die zu den wildesten und blutigsten Unternehmungen bereit sind. Er äußert in dem Roman:

„Ich habe auch niemand, den ich wahrhaft liebe... Ich habe keine Ideale, für die ich mich begeistern könnte. Ich habe keinen Glauben...“ (S. 419.)

Unmittelbar vor dem Zusammenbruch des Hitlerreichs schlägt dieser faschistische Gauleiter, der Organisator eines Massengemetzels unter den Juden, der jungen Jüdin Marion vor, mit ihm aus dem faschistischen Reich zu entfliehen. Er erzählt ihr mit vulgärer Ruhmredigkeit von einem herrlichen Gut, das er am Marmarameer gekauft habe. Zum Abschluß des Gesprächs mit Marion zieht Rumpf ein Beutelchen mit Brillanten aus der Tasche und wirft es auf den Tisch: „Sie stammen aus unserer Beute in Antwerpen...“ (S. 422.) Da Marion sich weigert, die geraubten Brillanten und das Gut in der Türkei mit ihm zu teilen, schickt er sie in den Tod. Das ist das letzte Detail, das die moralische Beschaffenheit des faschistischen Gauleiters charakterisiert.

Rumpf kann, im Grunde genommen, gedungener Henker in jedweden kapitalistischen Land sein. Die von Kellermann beschriebene Stadt ist nur die derzeitige Residenz dieses Abenteurers. Aus seinen eigenen Worten erfahren wir, daß Chicago und Stambul ihm nicht minder gefallen als Berlin oder Köln. Gleich den Brüdern Schellhammer geht Rumpf nach dem Niederbruch des Faschismus nicht zugrunde. Er hegt die Absicht, am Marmarameer unter Olivenbäumen die schwere Zeit hinzubringen, um auf den ersten Ruf der Imperialisten in irgendeinem anderen „Gau“, in irgendeinem anderen kapitalistischen Land aufzutauchen...

In Kellermanns Roman sind nicht nur Faschisten und deren Helfershelfer die handelnden Figuren. Wolfgang Fabian, Mutter und Tochter Lerche-Schellhammer, Marion und der Lehrer Gleichen sind ehrliche und reine Menschen, die der Hitlerfaschismus weder korrumpieren noch einschüchtern konnte. Aber der Kreis der antifaschistischen Helden ist im „Totentanz“ offensichtlich begrenzt. Außerhalb des Blickfelds seines Verfassers bleiben die Vorkämpfer des Widerstands gegen den Hitlerfaschismus: die heroischen Kommunisten. Ebendarum sind in dem Roman die meisten Antifaschisten nicht Bekämpfer, sondern Opfer des Faschismus.

Nur eine einzige Figur des Romans ist ein wirklich aktiver Antifaschist: der Lehrer Gleichen. Diesen ehrlichen Intellektuellen kontrastiert der Verfasser mit dem moralisch verkommenen

Bürokraten Fabian und dessen Freunden. Der Lehrer Gleichen beginnt, ebenso wie Otto Quangel, der Held aus Hans Falladas Roman „Jeder stirbt für sich allein“, seinen Kampf gegen den Hitlerfaschismus mit der Versendung von Anklagebriefen. Während des grausamsten faschistischen Terrors entlarvt „der unbekannte Soldat“ (als solcher unterschreibt Gleichen seine Briefe) die Schurkereien der Hitler„ordnung“ und appelliert an das Gewissen seiner Mitbürger. Der Lehrer Gleichen glaubt fest wenn nicht an seinen persönlichen Sieg, so doch jedenfalls an den seiner Ideale. Aber Gleichen stirbt nicht einsam wie Quangel. Er findet in Deutschland illegale Freunde, an deren Seite er bis zum letzten Atemzug kämpft. Vom Glauben an den Sieg ist auch sein letzter Brief durchdrungen, den er in Erwartung der Hinrichtung an Wolfgang absendet:

„Ein lächerlicher Zufall hat uns der Gestapo in die Hände geliefert. Wir waren unser achtundvierzig, einer ist während der Folter gestorben, aber niemand hat ein Wort verraten. Morgen früh sollen wir alle gehängt werden.“

„Es ist nicht leicht, in Deutschland zu leben, und es ist nicht leicht, darin zu sterben. Uns hält der Glaube aufrecht, daß wir unser Leben für die Freiheit und die Wiedergeburt Deutschlands hingeben...“ (S. 475.)

Der Glaube an die demokratischen Kräfte Deutschlands, an die moralische Wiedergeburt des deutschen Volks ist im Nachkriegsschaffen Kellermanns ein hervorstechender Zug. Den ganzen Roman hindurch betont der Verfasser unablässig, daß der Faschismus in Deutschland ausgerodet werden kann und werden soll, und daß nach der Zerschmetterung des Faschismus das deutsche Volk in sich die Kraft, den Willen und die Entschlossenheit finden wird, den Weg der Demokratie zu beschreiten. Ebendeshalb, trotz der beklemmenden Atmosphäre Hitlerscher Unterjochung und Rechtlosigkeit, die der Roman mit großer Darstellungskraft wiedergibt, hinterläßt Kellermanns Buch im Leser kein Gefühl der Ausweglosigkeit.

Im Unterschied von vielen zeitgenössischen deutschen Schriftstellern weidet sich Kellermann nicht ästhetenhaft an den Schrecken des Faschismus. Dieser gilt ihm nicht als „mystischer Greuel“, nicht als schwerer und unerklärlicher Alpdruck, den diabolische Kräfte auf die „sündige“ Menschheit hinabgesandt haben, sondern als historisch erklärbares soziale Erscheinung, die man bekämpfen kann und bekämpfen muß.

Der Roman „Totentanz“ bedeutet einen großen Erfolg des Schriftstellers. Dies Buch ist ein wertvoller Beitrag zur demokratischen deutschen Nachkriegsliteratur.

6. Februar

Die Nationale Volkspartei Rumäniens beschließt ihre Auflösung, da sie ihre Aufgabe, den Kampf für die Stärkung des volksdemokratischen Systems in Rumänien zu unterstützen, erfüllt hat.

10. Februar

Die Hafenarbeiter in allen größten Hafenstädten Neuseelands treten in den Lohnstreik.

12. Februar

Die Vertreter der USA, Englands und Frankreichs treten von den früher mit den Sowjetdelegierten vereinbarten Beschlüssen zurück, vereiteln dadurch die Arbeit des vom Vorsitzenden des Sicherheitsrats geschaffenen Sachverständigenausschusses für Währungs- und Handelsfragen Berlins und machen diesem eine Regelung der Berliner Frage unmöglich.

Die ungarische Regierung richtet an die USA-Regierung eine Note über die Abberufung Selden Chapins, des an den Verbrechen Kardinal Mindszentys beteiligt gewesenen USA-Gesandten in Budapest.

13. Februar

Das Landeskomitee der Progressiven Partei der USA faßt eine Resolution, in der verlangt wird, daß die Vorbereitungen für einen Nordatlantikkpakt eingestellt werden; Präsident Truman wird darin aufgefordert, mit der Sowjetunion in Verhandlungen zu treten.

14. Februar

Abschluß des am 2. Februar begonnenen Athener Prozesses gegen 36 griechische Patrioten, die der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei und der „Wühlarbeit“ angeklagt waren. Trotz des Zusammenbruchs der Anklage verurteilt das Gericht zwei der Angeeschuldigten zum Tode, fünf zu lebenslänglichem Kerker und die übrigen zu Gefängnisstrafen von verschiedener Dauer.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Februar 1949

15. Februar

Unter dem Druck der USA-Delegation beschließt der Sicherheitsrat mit 9 gegen 2 Stimmen (die der Sowjetunion und der Ukraine), den Antrag der südkoreanischen Marionetten„regierung“ an den Sicherheitsratsausschuß für die Aufnahme neuer UNO-Mitglieder zu überweisen.

In Genf beginnen Sitzungen des Ausschusses für Entwicklung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der europäischen Länder, der im September v. J. auf Beschluß eines Sonderausschusses des UNO-Wirtschaftsausschusses für Europa eingesetzt wurde.

In Ungarn beginnt ein Monat der Sowjetkultur.

Jusef Suleiman, Hussein Muhammad esch-Schabibi, Sakki Muhammad Bassam und Jahud Ibrahim Sadik, vier Führer der Kommunistischen Partei des Iraks, werden in Bagdad hingerichtet.

16. Februar

Die Sowjetpresse veröffentlicht ein von 16 767 680 Einwohnern Nord- und Südkoreas unterzeichnetes Dankschreiben des koreanischen Volkes an J. W. Stalin anläßlich des Abzugs der letzten Sowjettruppen aus Korea.

Der englisch-amerikanische Block im Sicherheitsrat lehnt den Antrag der Sowjetdelegation ab, das Ansuchen der Demokratischen Volksrepublik Korea an den Sicherheitsratsausschuß für die Aufnahme neuer UNO-Mitglieder zu überweisen.

Die Sowjetunion, die Ukraine und Bjelorußland treten aus der sogenannten Weltorganisation für Gesundheitsschutz aus, da ihre Tätigkeit die medizinischen Amtsstellen der Sowjetunion nicht befriedigt.

In Warschau wird ein polnisch-holländischer Handelsvertrag für 1949 unterzeichnet, der einen Warenaustausch zwischen den beiden Ländern im Werte von rund 22 Millionen Dollar vorsieht.

Yoshida bildet ein neues japanisches Kabinett aus Vertretern der reaktionären „Liberaldemokratischen“ und „Demokratischen“ Partei.

17. Februar

Der Sowjetvertreter J. A. Malik erklärt im Sicherheitsrat, daß die Westmächte vorsätzlich die Ernennung eines Gouverneurs für den Freistaat Triest hinauszögern, um dieses Gebiet in der Lage eines Militärstützpunktes der USA zu belassen. Die Sowjetdelegation beantragt, die Frage der Ernennung eines Gouverneurs unverzüglich zu erledigen, und erklärt sich mit dem von der englischen Delegation vorgeschlagenen Kandidaten Flückiger einverstanden.

Eine Delegation des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands spricht bei W. S. Semjonow, dem politischen Berater der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, vor und überreicht ihm im Namen von mehr als 5 Millionen deutscher Frauen, die eine Petition betr. ein Verbot der Atomwaffe unterzeichnen haben, ein Schreiben an J. W. Stalin, den Führer der Sowjetregierung.

Das Provisorische Nationalkomitee der Kulturschaffenden Frankreichs ruft die Intellektuellen zur Teilnahme an einem für den 12. und 13. April d. J. einberufenen Landeskongreß zum Schutze der Kultur und des Friedens auf.

Dr. Chaim Weizmann wird zum Präsidenten des Staates Israel gewählt.

— In Barcelona werden 4 spanische Patrioten von den franquistischen Machthabern hingerichtet.

18. Februar

Der Atomkontrollausschuß der UNO nimmt nach achtmonatiger Unterbrechung seine Arbeit wieder auf.

— Die Arbeitskammer in Rom ruft einen Proteststreik aus gegen die blutigen Provokationen der italienischen Polizei, die in Isola del Liri auf Arbeiter geschossen hat

19. Februar

In Manchester tagt eine Konferenz, die von den Bezirksräten der Gesellschaft für englisch-sowjetische Freundschaft und den Gewerk-

schaftsföderationen von Lancashire und Cheshire einberufen worden ist. Sie faßt eine Resolution, in der die englische Regierung aufgefordert wird, ihre aus dem englisch-sowjetischen Vertrag über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe resultierenden Verpflichtungen genau einzuhalten sowie die Zusammenarbeit der Großmächte mit Hilfe der UNO wiederherzustellen. Die Konferenz richtet im Namen von 950 000 Arbeitern eine Deklaration an die Sowjetgewerkschaften, in der sie zum allgemeinen Frieden aufruft.

— Das Nachrichtenbüro der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland veröffentlicht ein Dementi der in den letzten Tagen von Presse und Rundfunk in den Westsektoren Berlins verbreiteten Falschmeldung, in der sowjetischen Besatzungszone stehe eine zweite Währungsreform bevor.

Abschluß der neunten Tagung des Großen Volks-Chural der Mongolischen Volksrepublik. Der Chural heißt die Tätigkeit der republikanischen Regierung gut, er beschließt einige, die weitere Demokratisierung des Wahlsystems bezweckende Änderungen der Landesverfassung und wählt einen neuen Kleinen Chural.

— Die indische Regierung übt erneut massenhafte Repressalien gegen die Kommunistische Partei und andere demokratische Organisationen aus.

20. Februar

In Moskau (Stadt), Usbekistan, Aserbaidshan, Lettland, Turkmenien, Stalinabad sowie in den Gebieten Moskau und Wologda finden Wahlen der Richter und Beisitzer der Volksgerichte statt. Die Wahlen verlaufen im Zeichen gewaltiger politischer Aktivität der Massen.

VERLAGSANGEIEN

STAATSVERLAG FÜR TECHNISCH-THEORETISCHE LITERATUR

Neuerscheinungen:

DREISSIG JAHRE ASTRONOMIE IN DER UdSSR. 1917—1947. Eine Sammlung von Aufsätzen, herausgegeben von M. S. Swerew, P. P. Parenago und A. B. Sewerny. 292 S., Rbl. 19,—

Inhalt: A. A. Michailow — DreiBig Jahre Sowjetastronomie. M. S. Swerew — Fundamentalastrometrie. A. N. Deutsch — Photographische Astrometrie. N. N. Pawlow — Der Zeitdienst. M. F. Subbotin. — Theoretische Astronomie. N. P. Barabaschew — Der Mond und die Planeten. S. W. Orlov — Die Kometen. W. W. Fedynski — Die Meteore. W. P. Wjasanzyn — Die Sonne. W. W. Sobolew — Physik der Sternatmosphären. (Theoretisches.) B. A. Woronzow-Weljaminow — Physik der Sternatmosphären. (Beobachtungsergebnisse.) P. P. Parenago — Stellarastronomie. B. W. Kukarkin — Veränderliche Sterne. B. A. Woronzow-Weljaminow — Gasnebel und wandernde Sterne. A. B. Sewerny — Innere Sternstruktur. N. D. Moissejew — Kosmogonie. A. L. Selmanow — Kosmologie.

A. ACHIESER und I. POMERANTSCHUK — *Einige Probleme der Kerntheorie*. 320 S., Rbl. 12,—

A. ACHIESER — *Elemente der Theorie der elliptischen Funktionen*. (Serie „Physikalisch-mathematische Bibliothek des Ingenieurs“.) 292 S., Rbl. 12,50

G. N. BERMAN — *Die Zykloide*. Über eine merkwürdige gebogene Linie und einige ihr verwandte andere. 116 S., Rbl. 2,—

I. N. WEKUA — *Neue Methoden der Lösung elliptischer Gleichungen*. 296 S., Rbl. 14,—

D. S. WOLOSSOW — *Berechnungsmethoden schwieriger photographischer Systeme*. 396 S., Rbl. 20,50
Leitfaden der angewandten Optik.

B. N. GORBUNOW und A. I. STRELBIZKAJA — *Theorie für Rahmen aus dünnwandigen Stäben*. 198 S., 13 Tabellen, Rbl. 8,—

G. J. DSHANELIDSE und J. G. PANOWKO — *Statik elastischer dünnwandiger Stäbe*. (Serie „Aktuelle Probleme der Mechanik“.) 208 S., Rbl. 7,—

J. G. DORFMAN — *Die magnetischen Eigenschaften des Atomkerns*. (Serie „Aktuelle Probleme der Physik“.) 254 S., Rbl. 9,—

N. J. SHUKOWSKI — *Gesammelte Werke*. Band I. Allgemeine Mechanik. Mathematik und Astronomie. 656 S., Rbl. 26,—

B. M. KEDROW — *Die Entwicklung des Begriffs Element von Mendelejew bis zur Gegenwart*. Versuch einer historisch-logischen Untersuchung. (Serie „Philosophische Probleme der modernen Naturwissenschaft“.) 248 S., Rbl. 10,20

I. W. KUSNEZOW — *Das Korrespondenzprinzip in der modernen Physik und seine philosophische Bedeutung*. (Serie „Philosophische Probleme der modernen Naturwissenschaft“.) 116 S., Rbl. 4,—

L. P. LISSOWSKI und A. J. SALOMONOWITSCH — *Die Friktion in Natur und Technik*. Herausgegeben von S. E. Hajkin (Serie „Populärwissenschaftliche Bibliothek“.) 52 S., Rbl. —,90

N. I. LOBATSCHESKI — *Sämtliche Werke*. Herausgegeben von W. F. Kagan, A. P. Kotelnikow, W. W. Stepanow, N. G. Tschebotarjow, P. A. Schirokow. Band IV. Schriften über Algebra. 472 S., Rbl. 20,—

PROMINENTE RUSSISCHE WISSENSCHAFTLER. Abhandlungen über hervorragende Naturwissenschaftler und Techniker. Vorwort und Einleitung von Akademiemitglied S. I. Wawilow. Band I. S. 1—642. Band II. S. 643—1196. Beide Bände zusammen Rbl. 55,—

Leben und Wirken der hervorragenden russischen Gelehrten M. W. Lomonossow, N. I. Lobatschewski, D. I. Mendelejew, K. A. Timirjasew, I. M. Setschenow, I. P. Pawlow u. a.

S. J. MIKELADSE — *Einige Aufgaben der Bau-mechanik*. 268 S., Rbl. 14,—

EUKLID — *STOICHEIA (Elemente der Geometrie)*. Buch 1—6. Aus dem Griechischen übertragen und kommentiert von D. D. Morduchai Boltowskoi, herausgegeben unter Mitwirkung von M. J. Wygodski und I. N. Wesselowski. (Serie „Klassische Naturwissenschaft“.) 448 S., Rbl. 19,—

DEUTSCH-RUSSISCHES POLYTECHNISCHES WÖRTERBUCH — 370 S., Rbl. 38,50

W. W. NOWOSHILOW — *Grundlagen der nicht-linearen Elastizitätstheorie*. (Serie „Probleme der modernen Mechanik“.) 212 S., Rbl. 7,25

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF
GEGEN DIE KRIEGSBRANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.